

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
10. September 1913

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Klara Jettin (Zunbel), Wilhelmshöhe,
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtbach-Strasse 12.

Inhaltsverzeichnis.

Zum Parteitag der Sozialdemokratie. — Die Lehre aus der Haltung der Reichstagsfraktion von gl. — Die Tätigkeit der Frau in der Gemeinde. VI. Von Anna Bloß. — Die Aufgaben der Frauen bei der Durchführung der Krankenversicherung. Von F. Kl. — Landtagswahlen in Finnland. Von M. Martua. — Für unsere Jugend. Von Jürgen Brand. — August Bebel zum Gedächtnis. Von Adelheid Popp.

Aus der Bewegung: Frauenagitation und -organisation in den Bezirken Breslau und Oberschlesien. — Jahresbericht der Frauensektion des sozialdemokratischen Vereins in Karlsruhe. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau.

Portizenteil: Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Fürsorge für Mutter und Kind. — Frauenbewegung. — Frauenstimmrecht. — Die Frau in öffentlichen Ämtern.

Zum Parteitag der Sozialdemokratie.

Der bevorstehende sozialdemokratische Parteitag zu Jena wird aller Wahrscheinlichkeit nach zu den Tagungen gehören, die in der Geschichte der Sozialdemokratie in scharf umrissener Bedeutung hervortreten. Dafür sprechen die lebhaften Auseinandersetzungen über taktische und grundsätzliche Fragen, die ein erhöhtes geistiges Leben kündend fast überall in der Partei zu verzeichnen sind, dem frischen Quell vergleichbar, der plötzlich aus anscheinend trockenem Boden hervorbricht. Die Erscheinung zeigt uns mehr an als die selbstverständliche Notwendigkeit, kritisch die Entwicklung der Aktion der Sozialdemokratie im letzten Geschäftsjahr zu prüfen, um die Marschfähigkeit und Stoßkraft der Partei zu steigern. Die Schärfe und ernste Sachlichkeit, mit der weite Parteikreise diese kritische Prüfung vornehmen, weist vielmehr eindringlich auf die Situation hin, in der die deutsche Arbeiterklasse Aug in Auge dem reifen Kapitalismus gegenübersteht.

Der Parteitag zu Chemnitz konnte noch den Triumph der liebenswürdigen Illusion bringen, daß der Imperialismus der besitzenden Klassen vernünftigem Zureden zugänglich sei und sich zu Abriistungen verstehen werde. Seitdem hat die Weltlage den lustigen Traum gründlich zerblasen. Nacht oder verhüllt tritt uns in allen imperialistischen Erscheinungen der letzten Zeit stets aufs neue wieder die nämliche treibende Kraft entgegen: das unausrottbare Bedürfnis der Kapitalisten aller Länder, ihre Ausbeutung und Macht auf Bevölkerungen auszudehnen, deren Heimatboden der Kapitalismus noch nicht umgewälzt hat. Ohne solche Ausdehnung muß der Blutkreislauf der modernen kapitalistischen Wirtschaft stocken, muß ihr Herzschlag stille stehen, und deshalb bleibt das kapitalistische Bedürfnis nach Landwerb und Volkunterjochung in fremden Zonen eine wilde Bestie, die sich höchstens national striegeln, aber nie zähmen läßt, und die um so ungestümer nach Raub raßt, je gewaltiger das Spiel der gesellschaftlichen Produktivkräfte in der kapitalistischen Ordnung wird, und je schroffer die Gegensätze wider einander streiten, die zu deren Wesen gehören. Daher ist so ziemlich in allen Ländern die Idylle der Versicherungen eines möglichen Abriistens durch den rauhen Kommandoruf des

Militarismus unterbrochen worden: aufrüsten! aufrüsten bis zum Weißbluten der Völker! Die deutsche Arbeiterklasse hat die Bescheinigung dieser Entwicklung der Dinge in Gestalt der größten Militärvorlage erhalten, die die herrschenden Gewalten noch je dem braven Michel ins Antlitz zu schlagen wagten, und deren Last, die heute der Milliardenwindel des Jubiläumsoffiziers verdeckt, mit jedem Jahre fühlbarer werden muß.

Gleichzeitig hat sich bestätigt, was einst Ministermund dem deutschen Volke prophezeite. Die Teuerung des Lebensbedarfes ist zu einer ständigen Erscheinung geworden, mit der die Armen und Ärmsten „sich abfinden müssen“ — indem sie den Hungerriemen fester schnallen. Und sie hat nicht bloß angehalten, sie ist gewachsen, hat von den darbenenden Massen einen immer höheren Tribut erzwungen, der die Geldsäcke der Ausbeutenden und Herrschenden füllt. Dem deutschen Proletariat ist es jedoch nicht gelungen, durch seine gewerkschaftlich kämpfende Elite dem Hungerpakt und der Scharfmacherpeitsche des kartellierten, organisierten Unternehmertums Lohnerhöhungen abzutropfen, die beträchtlich genug wären, für breite Schichten einen Ausgleich zu den verteuerten Kosten des Lebensunterhaltes zu schaffen. Seine politische Kampforganisation, die Sozialdemokratie, ist außerstande gewesen, auch nur eine Minderung der Zoll- und Steuerbürden durchzusetzen, die die Preise der unentbehrlichsten Lebensgüter wucherisch verteuern. Der eisige Odem der nahenden Krise kündigt ein maßloses Anschwellen der Rote, die auch sonst schon am Marke der Habenichtse zehren. Wer diesen Kammer kennt, dem krampft sich das Herz zusammen, der schaudert, wenn er die rasch steigenden Zahlen der Arbeitslosen liest. Welche Hölle muß der Winter für Hunderttausende und aber Hunderttausende bringen, die faulenzenden Ausbeutern Reichthümer schufen und gern weiter schaffen möchten für ein winziges Stück trockenen Brotes, das die kapitalistische Wirtschaft ihnen nun versagt. Muß diese Lage der Dinge die leidenden, bedrohten Massen nicht zwingend daran erinnern, wie ärmlich und erbärmlich alles soziale Reformwerk in Deutschland geblieben ist, obgleich es doch wahrlich die politisch und gewerkschaftlich organisierte Avantgarde der Arbeiterklasse nicht an ausdauerndem Vorwärtsdrängen fehlen ließ? Ebenso unwiderrstehlich wird aber in der vorliegenden Situation das Volk der Arbeit daran gemahnt, daß ungeachtet seiner erstarkenden Macht seinem Koalitionsrecht ständig von tüdlichen, gewalttätigen Feinden nachgestellt wird, daß das zäh festgehaltene Geldsackwahlrecht in Preußen seinem politischen Vormarsch in ganz Deutschland einen festen Wall entgegenstellt, den es je eher je besser zu schleifen gilt.

Was bisher nur zu oft und viel als die glutvolle, weltfremde, unbedachte Ungeduld einzelner „Stürmer und Dränger“ betrachtet wurde, das tritt nun immer klarer, immer wuchtiger als die Erkenntnis rasch wachsender Parteifreie zutage. Nämlich daß die kapitalistische Entwicklung eine Lage reifen ließ, die das Proletariat zur stärksten möglichen Kraftentfaltung zwingt. Aus dieser Erkenntnis heraus ist

der unüberstehliche Drang geboren worden nach einer Selbstverständigung der Partei über die Grenzen der bisher angewendeten Kampfmittel, wie über die Notwendigkeit, sie durch neue Waffen zu vervollständigen. Diese Selbstverständigung mit ihrem Suchen und Tasten wird dem Parteitag zu Jena sein Gepräge geben. Die Situation hat es organisierten Massen zum Bewußtsein gebracht, daß das Forschen nach einer Antwort auf diese Frage nicht geistiger Genuß und Spielerei für „Mademiker“ ist, sondern ihre ureigenste Sache, weil es dabei um die Haut des Proletariats geht. Wie immer zunächst auch die Antwort des Proletariats ausfallen mag, in diesem geweckten Bewußtsein offenbart sich der vollzogene große geistige Fortschritt, der früher oder später zur richtigen Lösung treibt.

Der aufgezeigten Verknüpfung der Dinge entsprechend werden die Erörterungen über den Massenstreik von besonderer Wichtigkeit und Tragweite sein. Es ist dafür nicht entscheidend, ob die Frage als eigener Verhandlungsgegenstand auf die Tagesordnung kommt oder in einem anderen, weniger geschlossenen Rahmen erfolgt. Diese Erörterungen erhalten ihre Bedeutung durch die vorausgegangenen regen Diskussionen über den Massenstreik, in denen sich ein Vorwärtsdrängen äußerte, das vielfach zwar noch verworren und unsicher ist, aber überall den Stempel frischer Entschlossenheit trägt. Gehalt und Tendenz der Parteitagverhandlungen müssen das geklärt und vertieft zum Ausdruck bringen.

Kein Zweifel, daß die Zeiten des Glaubens an einen alleinseigmachenden Nurparlamentarismus für das Proletariat zur Mühseligkeit gehen. Schärfer und schärfer brennt das soziale Geschehen den arbeitenden Massen es ins Hirn, daß die Mühlen des Parlamentarismus allein — mögen sie noch so kraftvoll und geschickt im proletarischen Klasseninteresse bewegt werden — nicht genügend Mehl zum Brot geben, daß die Ausgebeuteten auf ihrem Wege durch die Wüste der kapitalistischen Ordnung vor dem bittersten Hunger schützen würde. Der großjährige Kapitalismus schafft in der Gesellschaft eine eigene Atmosphäre, die seine imperialistische Politik immer stidiger und gewitterschwangerer werden läßt. In ihr zeigt es sich, daß sogar die nächstliegenden und dringendsten Gegenwartsforderungen der Arbeiterklasse nicht durchgesetzt werden können, wenn die proletarische Elite allein auf dem Boden des Parlamentarismus für sie kämpft. Die breitesten proletarischen Massen müssen das volle Gewicht ihrer Zahl und ihrer Bedeutung für die Wirtschaft, das Leben der bürgerlichen Gesellschaft in den Kampf einsetzen. Befragt das etwa, daß der Parlamentarismus nun als altes Eisen in die Kumpfkammer zu werfen sei? Keineswegs, er bleibt im proletarischen Befreiungskampf nach wie vor eine wichtige, ja eine unentbehrliche Waffe. Allein was lehrt die Erfahrung eines halben Jahrhunderts unserer Parteigeschichte, während dessen die deutsche Sozialdemokratie alles in allem das klassische Beispiel von der Ausnutzung des Parlamentarismus gegeben hat? Das Nämliche, was in den letzten Wochen die holländische Sozialdemokratie davon abhielt, das Auge auf die Eroberung einer demokratischen Wahlrechtsreform gerichtet, den lockenden, aber trügerischen Weg des Ministerialismus zu beschreiten. Das Proletariat darf als großer Realpolitiker seine Kraft nicht vom Parlamentarismus aufzehren lassen, es muß sie unmittelbar wirksam zur Geltung bringen. Nur dadurch wird es unserer parlamentarischen Aktion größere Bedeutung und Wucht verleihen. Die Lage führt Massenaktionen entgegen, deren Höhepunkt der Massenstreik ist.

Der Parteitag zu Jena hat in dieser Frage einen wahren Rattenkönig irriger Vorstellungen zu entwirren. Da spukt noch immer die Auffassung von einem Massenstreik, der als Wundermittel gleich dem Posaunenblasen zu Jericho für ein ganz bestimmtes Ziel und für einen ganz bestimmten Termin angesagt und vorbereitet werden könnte. Nicht minder schädlich irrlüchert die Meinung umher, daß der erreichte Stand

der Klassenbewußten Organisierung des Proletariats nicht weit genug „für eine Kraftprobe“ mit der bürgerlichen Gesellschaft vorgeschritten sei, so daß jeder Hinweis auf die Möglichkeit, ja Notwendigkeit von künftigen Massenstreiks ein höchst gefährliches, leichtfertiges Spielen mit dem Feuer bedeute. Schließlich stellt sich der Klärung der Frage jene billige und bequeme Weisheit breit in den Weg, die behauptet, durch die Beschlüsse der Parteitage von 1905 und 1906 wäre alles ausgesprochen, was auszusprechen nötig sei. Diese Beschlüsse in allen Ehren! Zumal die Massenstreikresolution des ersten Parteitags in Jena war ein bedeutsamer Fortschritt in der Richtung eines Weges, auf den der lohnende Feuerbrand der russischen Revolution helles Licht fallen ließ. Jedoch beim ersten Schritt in der neuen Richtung mußte Bedacht darauf genommen werden, daß die zielklar und entschlossen vorstürmende Vordermannschaft des organisierten Proletariats nicht jenen Rubikon überschritt, vor dem die Erkenntnis des Gros der proletarischen Truppenmacht vorläufig noch Halt machte. So hielt es der Beschluß des Parteitags 1905 mit dem Bibelspruch: „Es ist genug, daß ein jeder Tag seine eigene Plage habe.“ Sollte er ein Signal bleiben, dem die organisierten Massen zu folgen vermochten, so konnte er weder dem geschichtlichen Wesen noch der praktischen Tragweite des Massenstreiks vollständig gerecht werden. Davon zu schweigen, daß 1905 die Fundgruben der Erfahrungen und Lehren über den Massenstreik uns nicht so erschlossen waren, wie sie es heute sind.

1913 steht die Sozialdemokratie der Frage in einer Situation der verschärften und geklärteren Klassengegensätze gegenüber, und das ausgerüstet mit erweiterten und reiferen Erkenntnissen. Es ist Aufgabe ihres bevorstehenden Parteitags, weiterzuführen und zu ergänzen, was 1905 angebahnt worden ist. Deshalb müssen es die Beratungen ohne Drehen und Deuteln, ohne Wenn und Aber zum Ausdruck bringen, daß der entfaltete Kapitalismus uns geschichtlichen Augenblicken entgegenreibt, in denen das Proletariat seine Forderungen an den bürgerlichen Staat in der Defensive wie in der Offensive mit der Waffe des Massenstreiks zu vertreten gezwungen ist. Für diese Augenblicke heißt es die Massen wie ihre organisierte Elite vorzubereiten. Abgesehen von allen anderen Erfordernissen zur Erfüllung dieser Pflicht, auf die wir wiederholt nachdrücklich hingewiesen haben, ist eine unerläßliche Vorbedingung dafür, daß die Sozialdemokratie auf Grund einer ungemilderten proletarisch-revolutionären Taktik von der Verteidigung zum Angriff vorgeht. Das Warum haben wir bereits kürzlich eingehend begründet.

In der Perspektive auf künftige Massenaktionen muß nach unserer Überzeugung auch die Maifeier ein neues, fruchtbares Leben gewinnen. Sie kann aber nur auf eine gesunde Grundlage gestellt werden, wenn der Parteitag sich dazu entschließt, den gemeinschaftlichen Feiertag des Weltproletariats ganz aus den Umklammerungen der Unterstützungsfraße zu lösen. Der Idealismus jedes einzelnen Maifeiernden muß klarblickend und stark genug sein, vor harten persönlichen Opfern nicht zurückzuschrecken. Nur wenn solcher Idealismus in den Massen der Ausgebeuteten wirksam ist, wird der Kapitalistensippe das Geliiste vergehen, die Maifeier mit der Hungerpeitsche zur Strecke zu bringen.

Die Beratungen über die Steuerfrage dürften sich voraussichtlich mit der Kritik an der Zustimmung der Reichstagsfraktion zu Wehrbeitrag und Vermögenszuwachssteuer verquiden. Denn in ihr liegt ein praktischer Fall von Opportunitätspolitik vor, die sich auf „zwingende Ausnahmeverhältnisse“ beruft. Bis jetzt hat die Behandlung der Steuerfrage — die Beurteilung des Verhaltens der Fraktion zu den Deckungsvorlagen inbegriffen — in der Presse und in den Organisationen zwar ein gesundes instinktives Verständnis der Massen für eine grundsätzliche Stellungnahme offenbart, aber auch andererseits bei den Verteidigern der Fraktionsmehrheit Unklarheit und Zerfahrenheit. An Ver-

Schwommenheit und Schwanken ist durch die Leitfähe und die Resolution des einen Referenten zur Steuerfrage, des Genossen Wurm, nichts geändert worden. Den Hauptgrund dafür erblicken wir weniger in der späten Veröffentlichung — obgleich auch sie dem tieferen Eindringen in das Problem nicht günstig ist — als in dem Wesen, dem Zuschnitt der Leitfähe und der Resolution selbst. Statt vom Standpunkt des historischen Materialismus aus den Kern der Steuerfrage fest zu packen und scharf herauszuschälen, geben die Leitfähe eine lehrbuchähnliche Klassifizierung der Steuern, und die Resolution endet mit einer in grundsätzliche Erklärungen sauber eingewickelten Rechtfertigung der opportunistischen Praxis der Reichstagsfraktion bei den Deckungsvorlagen. Nichts ist in dieser Hinsicht kennzeichnender als die Erklärung des Korreferenten, Genossen Südekum, daß er angesichts der vorliegenden Resolution auf eine eigene Resolution verzichte. Wie die Dinge sich augenblicklich in der Partei und außer ihr darstellen, glauben wir nicht, daß der bevorstehende Parteitag eine erschöpfende Behandlung und eine lange bindende Entscheidung in der Steuerfrage zeitigen kann. Übrigens finden wir das Beste, was er für eine streng grundsätzliche Auffassung der Steuerfrage leisten könnte, nicht in dem papierernen Schwur einer so allgemein gehaltenen, dehnbaren Resolution, daß sie im voraus allen möglichen und unmöglichen Einzelfällen der Praxis Rechnung trägt, sondern in einer unzweideutigen Abweisung des opportunistischen Seitensprunges der Reichstagsfraktion.

Im Hinblick auf die hereinbrechende Wirtschaftskrise mit ihren furchtbaren Folgen für die Werktätigen fordert man mit Recht von den verschiedensten Seiten, daß der Parteitag sich mit der Arbeitslosenversicherung befasse. Wir halten es für eine Selbstverständlichkeit, daß dies geschieht. Wenngleich unter den obwaltenden Umständen eine weitspannende und tieffurchende Behandlung der Frage unmöglich erscheint, so ist doch eine entschiedene Stellungnahme unabweisbare Pflicht. Der Parteitag muß das Banner entfalten, das dem Kampf des organisierten Proletariats gegen die Schrecken der Krisis voranweht. Maßregeln und Einrichtungen zur Vinderung des unsagbaren Elends der Arbeitslosigkeit bilden die eine Gruppe der Forderungen, die darauf verzeichnet stehen, unsere Forderungen eines durchgreifenden gesetzlichen Arbeiterschutzes ergeben die zweite.

Wie jedes Jahr, so werden auch heuer die Berichte des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion mit Wertung wie Kritik zusammen reiche Anregungen für das Leben, für Arbeit und Kampf der Sozialdemokratie bringen. Die Verhandlungen über die Bildungsarbeit, über die Jugend- und Frauenbewegung dürfen dabei besonderes Interesse beanspruchen. Hier tönt uns voll entgegen, was der Waffenlärm des politischen Tageskampfes zuweilen für Augenblicke überhört: daß die Sozialdemokratie über die Gegenwart hinaus die Zukunft erfassen muß und erfassen will. Allein trotz der Wichtigkeit dieser Verhandlungsgegenstände wird der Parteitag mit Recht seine Hauptaufgabe in der Stellungnahme zu den weiter oben behandelten grundsätzlichen und taktischen Fragen erblicken.

Zum ersten Male seit dem Falle des Sozialistengesetzes steht unsere Partei vor weitzielenden, verantwortungsschweren Entscheidungen, ohne daß sie die klare Stimme, den starken Rat des Mannes hört, der ihr jahrzehntelang führend, wegweisend vorangeschritten ist, klug wägend und kühn wagend zugleich. Wie werden wir alle ihn vermessen! August Bebel einen Nachfolger zu geben, ist eine der schwersten Pflichten des Parteitags; in Bebel's Geiste zu entscheiden, muß der Stolz, der Ruhm der Tagung sein. Vergessen wir nicht, daß Bebel's Erbe nicht nur die in brüderlicher Besinnung festzuhaltende Einheitlichkeit und Geschlossenheit der Partei ist, sondern nicht minder die Klarheit und Unerschütterlichkeit ihres grundsätzlichen Bekenntnisses zum revolutionären Klassenkampf. Je weniger wir die Gegenfähe

der Meinungen in den umstrittenen Fragen vertuschen und verschleiern, je offener und ehrlicher wir sie zum Austrag bringen, um so freudiger und fester stehen wir im Sturm gegen den gemeinsamen Todfeind zusammen. Nichts wirkt in einer Kampfpartei lähmender und zeretzender als das Verschweigen dessen, was ist, als das Ausweichen vor Entscheidungen. Wir halten es in dieser Beziehung mit dem, was Bebel 1903 in Dresden erklärte:

Es ist immer und ewig der alte Kampf, hier links, dort rechts, und dazwischen der Sumpf. Das sind die Elemente, die nie wissen, was sie wollen, oder besser gesagt, die nie sagen, was sie wollen. Das sind die „Schlaumeier“, die immer erst horchen: „Wie steht's da, wie steht's hier?“, die immer spüren, wo die Majorität ist, und dorthin gehen sie dann. (Lebhafte Zustimmung.) Diese Sorte haben wir auch in unserer Partei. (Erneute lebhaftige Zustimmung.) Eine ganze Anzahl ist jetzt bei diesen Verhandlungen ans Licht des Tages gekommen. Man muß diese Parteigenossen denunzieren (Zuruf: denunzieren!), ja, ich sage ja, denunzieren, damit die Genossen wissen, was das für halbe Leute sind. Der Mann, der wenigstens offen seinen Standpunkt vertritt, bei dem weiß ich, woran ich bin, mit dem kann ich kämpfen, entweder er siegt oder ich, aber die faulen Elemente, die sich immer drücken und jeder klaren Entscheidung aus dem Wege gehen, die immer wieder sagen: wir sind ja alle einig, wir sind ja alle Brüder, das sind die allerschlimmsten! Die bekämpfe ich am allermeisten.

Die Lehre aus der Haltung der Reichstagsfraktion.

gh. Die „Gleichheit“ hat in ihrer vorigen Nummer mit Recht den „frischen, kräftigen Wind“ begrüßt, der gegenwärtig durch unsere Partei weht. Nur ist zu wünschen, daß es diesmal nicht wieder so komme wie im Jahre 1909. Auch damals fand die Haltung unserer Fraktion zu den Steuerfragen in manchen Kreisen der Partei starken Widerspruch. Trotzdem kam der damalige Parteitag in Leipzig zu keiner klaren Stellung in dieser Sache, und so sehen wir denn auch in dem jetzigen Streit der Meinungen dieselben Unklarheiten wie vor vier Jahren. In diesem Jahre ist jedoch eine Schwierigkeit glücklicherweise beseitigt, die das ungenügende Ergebnis der steuerpolitischen Auseinandersetzungen auf dem Parteitag in Leipzig in erster Linie verschuldet hat. Damals war eine gründliche sachliche Erörterung der Steuerfrage in keiner Weise vorbereitet worden. Aus diesem Grunde hielt es der Parteitag in Leipzig für das Beste, dem Parteivorstand den Antrag Geher zu überweisen, daß auf die Tagesordnung des nächsten Parteitags die Steuerpolitik der Sozialdemokratie gesetzt werde. Dieser Wunsch ist jetzt endlich erfüllt, auf der Tagesordnung des diesjährigen Parteitags steht auch die Steuerfrage. Zwei Berichterstatter sind für den Parteitag bestimmt worden, und eine lebhaftige Aussprache über die Steuerfragen hat in der Partei bereits eingesetzt. Dabei tritt aber wieder wie vor vier Jahren die Meinung hervor, daß der Parteitag in diesen Fragen keine Grundsätze festlegen könne, sondern die Entscheidung dem pflichtgemäßen Ermessen unserer Reichstagsfraktion überlassen müsse.

In Wahrheit aber ergeben sich für unsere Partei die entscheidenden Grundsätze auch in dieser Frage immer deutlicher aus den Erfahrungen, die wir auf diesem Gebiet im Laufe der Zeit gemacht haben.

Vor vier Jahren standen die Deckungsvorlagen in keinem unmittelbaren Zusammenhang mehr mit den Wehrevorlagen. Die Reichseinnahmen genühten nicht, um die früher bereits beschlossenen Militärausgaben zu decken. Daher sollten die Einnahmen des Reiches vergrößert werden. Nur dann, wenn wir jede neue Steuer hätten verhindern können, würden wir in der Lage gewesen sein, damit auf einem Umweg dem Militarismus entgegenzutreten, da dann auf die Dauer immer höhere Ausgaben unmöglich gemacht worden wären. Aber so weit sind wir noch nicht. In Frage stand deshalb nur, ob die notwendigen Mehreinnahmen des Reiches

durch indirekte oder direkte, durch mehr oder weniger schädliche Steuern eingebracht werden sollen.

Auch in diesem Jahre wollte unsere Fraktion eine gleiche Lage der Dinge herbeiführen: sie wollte zunächst den Kampf gegen die Wehrvorlage führen und, nachdem dieser entschieden war, den Kampf um die Deckungsvorlagen aufnehmen. Dies ist der Grund, weshalb sie dafür stimmte, daß entsprechend dem Antrag der Nationalliberalen und der Fortschrittlichen Volkspartei die Wehrvorlage nach ihrer Erledigung in der Reichstagskommission sofort in der Volksversammlung des Reichstags zur zweiten Lesung kam. Im Gegensatz dazu hatten Zentrum und Konservative beantragt, daß die Wehrvorlage so lange zurückgestellt würde, bis die Kommission auch über die Deckungsvorlagen entschieden haben würde. Der Reichstag beschloß durch die Stimmen der Sozialdemokraten, Fortschrittlichen Volkspartei und Nationalliberalen die Trennung der Wehrvorlage von den Deckungsvorlagen. Raum war das aber geschehen, so erfolgte ein parlamentarisches Techtelmechtel gegen die Sozialdemokratie. Diefelben Nationalliberalen und fortschrittlichen Volksparteiler, die soeben die Trennung der Vorlagen beantragt hatten, gaben sich dazu her, hinter dem Rücken der Sozialdemokraten mit dem Zentrum zu vereinbaren, daß die beschlossene Trennung nicht durchgeführt werde. Der Reichstag sollte vielmehr über die Wehrvorlage im ganzen in der dritten Lesung erst dann abstimmen, nachdem die drei Parteien sich über die Deckungsvorlagen verständigt hätten. So ist es in der Tat gekommen.

Die Nationalliberalen und die Fortschrittliche Volkspartei begründeten ihren Umfall damit: Das Zentrum habe dazu geneigt, gegen die Militärvorlage zu stimmen, wenn sich nicht vorher die Nationalliberalen und die Fortschrittliche Volkspartei mit ihm über die Deckungsvorlagen verständigt hätten. Da es todsicher war, daß die Sozialdemokraten unter allen Umständen gegen die Wehrvorlage stimmen würden, und Zentrum und Sozialdemokraten die Mehrheit im Reichstag bilden, so seien die Nationalliberalen und die Fortschrittliche Volkspartei zu der Vereinbarung mit dem Zentrum und damit zu dem Umfall gezwungen gewesen, um die Annahme der Militärvorlage zu sichern. Hiernach ist die Vereinbarung der drei Parteien die Voraussetzung dafür, daß das Zentrum für die Militärvorlage stimmte. Und unsere Fraktion hat mit ihrer Zustimmung zu dem Wehrbeitrag und der Besitzsteuer geholfen, dem Zentrum die Zustimmung zu der Wehrvorlage angeblich zu ermöglichen, fraglos aber mindestens zu erleichtern.

Ist das die Aufgabe unserer Partei? Mußte für uns nicht vielmehr der Kampf gegen die Wehrvorlage wichtiger sein als die Sorge, durch eine Besitzsteuer neue indirekte Steuern zu verhindern? Müßten wir nicht jedes Mittel versuchen, um eine Wehrvorlage zu Fall zu bringen? Müßten wir nicht das Zentrum, das erklärt hatte: Keine neue Aufgabe ohne Deckung! beim Wort nehmen und alle Deckungsvorlagen ablehnen, also auch den Wehrbeitrag und die Besitzsteuer?

Aber weiter! Die Mehrheit der Fraktion begründet die Zustimmung zu dem Wehrbeitrag und der Besitzsteuer damit: sie habe dadurch das Volk vor neuen indirekten Steuern bewahrt. Darf diese Auffassung entscheidend sein? Prüfen wir sie auf ihre Konsequenzen. Gesezt den Fall, daß das Zentrum mit den Konservativen zusammengegangen wäre und die beiden Parteien gedroht hätten: „Wir stimmen nur dann für die Militärvorlage, wenn vorher die Annahme von lauter indirekten Steuern gesichert ist.“ Was dann? Oder wenn die für das nächste Jahr bereits angekündigte Marinevorlage mit den Deckungsvorlagen zu einem Entwurf verbunden wird, die entscheidende Abstimmung über den ganzen Entwurf stattfinden muß, also über die Wehrvorlagen und die Deckungsvorlagen zusammen, und Konservative und Zentrum erklären würden: „Wir stimmen nur dann für das Mantelgesetz, nachdem die direkten Steuern durch indirekte ersetzt worden sind.“ Was dann? Wollen wir in diesen Fällen

das Volk vor indirekten Steuern schützen, so genügt es nicht mehr, daß wir für die Besitzsteuer stimmen; nein, wir müssen außerdem für die Militärvorlagen selbst stimmen.

Daß das ein Ding der Unmöglichkeit ist, versteht sich von selbst. Aber wir befinden uns auf dem Wege zu diesem Ziele. Deshalb muß der Parteitag grundsätzlich die Frage entscheiden.

Die Tätigkeit der Frau in der Gemeinde.

Von Anna Bloß.

VI.

Die Frau in der Schulbehörde. — Einiges aus der Geschichte der Volksschule. — Die Ausbildung der Lehrkräfte.

Um einen richtigen Begriff von der heutigen Volksschule zu bekommen, ist es nötig, einen kurzen Rückblick auf ihre geschichtliche Entwicklung zu werfen.

Die Schöpfung der Volksschulen, wenigstens in unserem Sinne, ist noch verhältnismäßig jung. Diese Volksschulen entstanden im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts und hatten von Anfang an mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Denn sowohl die Kirche wie die besitzenden Klassen sind gegen ernste Fortschritte auf dem Gebiet der Volksschule eingenommen, weil sie in der wachsenden Bildung der werktätigen Massen eine Schwächung ihrer eigenen Macht erblickten. Die Kirche betrachtete von jeher alle Bildung, alle Wissenschaft als ihr Vorrecht, an dem sie nur besonders Begünstigte teilnehmen lassen will: Sie steht auf dem Standpunkt, zu dem sich ja leider sogar ein Mann wie Goethe bekannt hat: „Wer Wissenschaft und Kunst besitzt, der hat schon Religion; wer dieses beides nicht besitzt, der habe Religion.“ Nach ihr soll die Religion dem Volke Ersatz für Wissenschaft und Kunst sein; je engere Grenzen der Ausbreitung dieser Kulturgüter gezogen sind, um so fester wird die Masse der so Enterbten mit der Kirche verknüpft, um so größer ist die Gewalt, die diese durch die Religion auf ihre Gläubigen ausüben kann.

Ursprünglich lag aller Unterricht in den Händen der Kirche. Wie die Theologie die alles beherrschende Wissenschaft war, so bildete natürlich die Religion den Mittelpunkt aller Unterweisung. In den Klosterschulen fanden zumeist Kinder reicher Eltern Aufnahme und die Knaben, die sich dem geistlichen Beruf widmen wollten. In den Nonnenklöstern wurden junge Mädchen unterrichtet. Während aber die Knaben auch wissenschaftlichen Unterricht erhielten — allerdings in streng kirchlichem Sinne —, wurde bei den Mädchen das Hauptaugenmerk außer auf Religion auf Handfertigkeit gerichtet. Die deutsche Sprache wurde in den Klosterschulen zugunsten der lateinischen vernachlässigt, und gerade die Kenntnis der lateinischen Sprache schuf den Geistlichen ein großes Übergewicht über das unwissende Volk. Allerdings hatten die Handwerker in den Städten schon im dreizehnten Jahrhundert Schulen gegründet, um sich wenigstens die Grundelemente der Wissenschaft anzueignen. Diese wurden aber stets von der Kirche als Klippschulen verhöhnt und entsprachen in ihren Leistungen kaum den bescheidensten Forderungen.

Die Reformation führte eine Änderung herbei. Luther gab durch seine Bibelübersetzung dem deutschen Volke die deutsche Schriftsprache. Von da an begann ein Umschwung in der Entwicklung des Schulwesens. Das Zeitalter der Reformation brachte manche bedeutenden protestantischen Schulmänner, und, durch deren Eifer angeregt, blühten wiederum die Jesuitenschulen empor. Wenn unsere Volksschulen heute noch ganz auf dem Boden der Konfessionsschule stehen, so ist dies mit eine Folge davon, daß die verschiedenen Kirchen und Bekenntnisse sich auf dem Gebiet des Schulwesens Konkurrenz machten. Das ist selbst heute und sogar da noch der Fall, wo wir Simultanschulen haben. Das achtzehnte Jahrhundert sah das Aufblühen der ganzen kapitalistischen Produktion und als Folge davon ein Vormwärtsdrängen des Bürgertums gegen die Gewalten der feudalen Gesellschaft.

Es wurde das Jahrhundert der Aufklärung, des Kampfes für die Geistesfreiheit; wie es dadurch bahnbrechend wirkte, so ist es auch für das Schulwesen von weitreichender Bedeutung geworden. Der große Franzose J. J. Rousseau trat als erster für das Recht des Kindes ein und erblickte die Grundlage einer gesunden, glücklichen Entwicklung des Staates und der Gesellschaft in der Notwendigkeit der Erziehung des Volkes zur sozialen Tüchtigkeit. Sein pädagogisches Werk „Emil“, das Goethe das Naturevangelium der Erziehung genannt hat, übte einen geradezu epochemachenden Einfluß auch in Deutschland. Unter den Schulmännern und Erziehern, die unter Rousseaus Einfluß namentlich auf dem Gebiet der Volksschule als Pionier vorangingen, ist vor allen Pestalozzi zu nennen, der der so trockenen Unterrichtsmethode des mechanischen Lernens den Anschauungsunterricht entgegenstellte. Durch den Anschauungsunterricht soll das Kind eigene Vorstellungen erhalten und auf deren Grund sich Wissen aneignen. Die Schulmänner, die auf Rousseaus und Pestalozzis Prinzipien weiter bauten, sahen sich bald Verfolgungen durch Staat und Kirche ausgesetzt. So zum Beispiel Fröbel, der Begründer der ersten Kindergärten. Seine Schöpfungen wurden als sozialistisch und atheistisch verkehrt und bekämpft, sie setzten sich nur mit Mühe durch. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, haben wir auch heute noch keine staatlichen und kommunalen Kindergärten. Soweit Kindergärten bestehen, sind sie meist in privater Leitung, zum Teil Wohltätigkeitseinrichtungen, und es haften ihnen all die Mängel an, die dadurch entstehen mußten, daß sie sich ziemlich systemlos entwickelten.

Nach dem Jahre 1848 erschien fast jeder verdächtig, der irgendwie mit dem Volke sympathisierte. So wurde der Pädagoge Diesterweg wegen seiner liberalen Gesinnung in den Ruhestand versetzt, weil er für die Weiterbildung der deutschen Volksschule kämpfte und sämtliche Unterrichtsgegenstände in Bildungsmittel umwandeln wollte. Die Bildung des Volkes erschien als Waffe gegen die Herrschaft von Staat und Kirche und damit der besitzenden und ausbeutenden Klassen, und nur Schritt für Schritt setzt sich daher auch heute noch jeder Fortschritt auf dem Gebiet des Volksschulwesens durch.

Auch heute noch kämpft die Kirche mit aller Macht darum, die Schulangelegenheiten in ihre Hände zu bekommen und die Lehrer in möglichster Abhängigkeit zu erhalten. Die besitzenden Klassen wieder, die erkannt haben, „Wissen ist Macht“, fürchten die Macht, die das Wissen den Besitzlosen gibt. Sie sind sich klar darüber, daß ihre eigene Gewalt über die Massen durch Wissen gebrochen wird und daß nur das Volk sich von ihnen geduldig weiter knechten und ausbeuten läßt, dem die Erkenntnis von Natur und Gesellschaft fehlt und dem daher nicht der Wille zur befreienden Tat erstarkt. Jeder Fortschritt der Volksbildung dünkt ihnen darum gefährlich. Die Junker vor allen, die am liebsten die alte Leibeigenschaft wiederhergestellt sehen möchten, sind Kulturfeinde, und einer von ihnen hat es offen ausgesprochen: „Zum Kartoffelsammeln lernen die Landkinder übergenug.“ Mit starker Gegnerschaft hat also die Entwicklung der Volksschule zu kämpfen. Für uns aber gilt es, diesen Widerstand zu brechen.

Der Einfluß der Kirche beginnt schon in den Seminaren, wo die künftigen Lehrer und Lehrerinnen ihre Berufsbildung erhalten. Diese Seminare sind meist Internate, das heißt Anstalten, in denen die jungen Leute nicht nur lernen, sondern auch wohnen und beköstigt werden. Die Zöglinge führen dort ein vom eigentlichen Leben ganz abgeschlossenes Dasein. Da jeder Bundesstaat nur eine beschränkte Anzahl von Seminaren haben darf, so finden sich dort die Schüler aus dem ganzen Lande zusammen; und es herrscht ein chronischer Mangel an Lehrkräften. Die jungen Leute werden vor allem überfüttert mit Religion. Ich erinnere mich aus meiner eigenen Seminarzeit, daß ich gegen 80 Kirchenlieder auswendig lernen mußte, außerdem natürlich noch ganze Bibelabschnitte und eine Unmenge geistlicher Sprüche. Das Aus-

wendiglernen spielt überhaupt in allen Fächern eine große Rolle. Der Kopf wird mit allerhand Ballast angefüllt, den man mit Austritt aus dem Seminar möglichst schnell wieder vergißt. Aber den werdenden Lehrern und Lehrerinnen wird wenig von dem mitgegeben, was sie für das Leben brauchen. Meist geht ihnen schon vor Beginn ihrer Lehrtätigkeit die rechte Freude dafür verloren. Vor allem bekommen aber die Zöglinge des Seminars auch kein Verständnis für die Kinder, die ihnen später anvertraut werden. Sie ahnen nichts von der Umgebung, aus der diese Kinder kommen, und haben keinen Begriff davon, was sie von ihnen erwarten können. Politisch sind sie gänzlich unwissend, wenn man nicht mit Politik die engen Begriffe bezeichnen will, die der streng vorgezeichnete Geschichtsunterricht ihnen beibringt. Auf die sozialpolitische Bedeutung der Lehrtätigkeit gerade an den Volksschulen wird auf den Seminaren selten hingewiesen, und es geschieht so gut wie nichts für die staatsbürgerliche Ausbildung der heranwachsenden Lehrkräfte. Die hohe Kulturaufgabe der Volksschullehrer und Lehrerinnen liegt ja in Wirklichkeit nicht darin, daß die Kinder bei ihnen Lesen, Schreiben, Rechnen lernen und einige dürftige und schiefe Vorstellungen von der Natur und der Geschichte erhalten. Die Lehrer und Lehrerinnen sollten vielmehr Jugendbildner sein, sollten aus den ihnen anvertrauten Kindern starke, freie Menschen machen. Um dieses Ideal zu erreichen, müßten sie ihren Schülern einen klaren Blick für das Leben geben, sie für das Leben erziehen, das gerade sehr bald an die Kinder der Volksschule starke Anforderungen stellt. Dazu aber ist es notwendig, daß die Lehrer und Lehrerinnen selbst starke und freie Persönlichkeiten sind, daß sie selbst mitten im Leben stehen. Die Seminare tun für diese Ausbildung nichts, denn den Besitzenden und Herrschenden und darum auch dem Staat und der Kirche liegt nichts daran, daß solche starke, freie Persönlichkeiten an den Volksschulen tätig sind. Ganz im Gegenteil. Darum geschieht alles, die Zöglinge der Seminare weltfremd und in Unterwürfigkeit zu erhalten und dadurch eine Lehrerschaft heranzuzüchten, die stets in Abhängigkeit bleibt. Der Kirche sowohl wie den staatlichen Behörden hat sich die Lehrerschaft zu fügen, selbst da, wo es auf Kosten ihrer Überzeugung geschieht. Es gibt strenge Vorschriften darüber, wie und in welchem Sinne der Unterricht erteilt werden muß. Auch die kirchliche und politische Gesinnung der Lehrerschaft wird streng kontrolliert, und wir haben es ja in letzter Zeit häufig genug erlebt, daß Volksschullehrer ihr Amt niederlegen mußten, weil sie mutig genug waren, Gedankenfreiheit für sich zu beanspruchen. Daß unsere Vertreter in den Schulbehörden den Lehrern die Gedankenfreiheit schützen müssen, soweit als es ihnen nur irgend möglich ist, versteht sich von selbst. Ebenso finden die Lehrer bei den Sozialdemokraten die weitestgehende Unterstützung, wo es sich um Verbesserung ihrer Lage handelt. Wir wollen frohe freie Menschen zur Erziehung unserer Kinder, denn nur dann können sich auch diese gesund und frei entwickeln.

Die Aufgaben der Frauen bei der Durchführung der Krankenversicherung.

Die Gesetze berücksichtigen in erster Linie die Interessen derjenigen, die sie erlassen. Unsere Reichs- und Landesgesetze, Verordnungen, Gemeindeverfügungen usw. sind abhängig von der Zustimmung der herrschenden besitzenden Klassen, und sie wahren zunächst deren Vorteile. Unsere jetzigen Gesetze werden aber auch ausnahmslos von Männern geschaffen, und es ist nicht zu verwundern, wenn sie mehr die Interessen der Männer als die der Frauen beachten. Warum sollte es in der Arbeiterversicherung anders sein? Auch in der sozialen Versicherung sind vorzugsweise die Bedürfnisse der Männer berücksichtigt und die Unterstützungseinrichtungen in erster Linie auf diese zugeschnitten worden.

Unsere Versicherungsgeetze geben aber den Versicherungsträgern — den Körperschaften zur Durchführung der Versicherung — eine gewisse Selbstverwaltung. Innerhalb der durch das Gesetz gezogenen Schranken können die Versicherungsträger die Leistungen der Versicherung ausbauen und sonst manche Einrichtung zum Vorteil der Versicherten treffen. War es den Frauen verwehrt, auf die Versicherungsgeetzgebung einen unmittelbaren Einfluß auszuüben, so sind sie doch in der Selbstverwaltung der Versicherungsträger nicht machtlos. Wie wir schon in der letzten Nummer dieser Zeitschrift gezeigt haben, besitzen die Frauen bei der Durchführung der Versicherung die gleichen Rechte wie die Männer. Es stehen ihnen alle Ämter bei den Versicherungsträgern offen, und es hängt von ihrer Energie ab, ihrem Anteil an der Gesamtmitgliedschaft entsprechend diese Ämter zu besetzen.

Bei der Krankenversicherung ist die Zahl der weiblichen Mitglieder infolge der zunehmenden Erwerbstätigkeit der Frauen gewaltig gestiegen. Von 1885 auf 1911 vermehrte sich die Zahl der männlichen Mitglieder von $3\frac{1}{2}$ auf $9\frac{1}{2}$ Millionen, das ist ungefähr auf das 2 $\frac{1}{4}$ fache. Die Zahl der weiblichen Mitglieder stieg aber von rund $\frac{3}{4}$ Millionen auf 3,8 Millionen oder auf das Fünffache. 1885 entfielen auf 100 männliche Mitglieder 22,2 weibliche, 1911 dagegen 40,8. Da die Reichsversicherungsordnung die Dienstboten, Hausgewerbetreibenden usw. der Krankenversicherung unterstellt, muß die Zahl der weiblichen Krankenkassenmitglieder noch viel mehr in die Höhe gehen. Die Frauen hätten daher eigentlich Anspruch darauf, annähernd ein Drittel der zu wählenden Vertreter — Mitglieder des Ausschusses und des Vorstandes — zu stellen.

Die Tätigkeit der Frauen in den Krankenkassenverwaltungen muß darauf abzielen, gemeinsam mit den männlichen Vertretern der organisierten Arbeiter die allgemeinen proletarischen Interessen wahrzunehmen. Gelegenheit dazu gibt es reichlich. Das Gesetz selbst ist sehr engherzig und läßt die Gefahren einer rein bürokratischen Verwaltung der Versicherung leicht entstehen. Die Vertreter der Versicherten müssen dem toten Buchstaben Leben und Gestalt einhauchen. Nur wenn die Verwaltung mit sozialem Verständnis durchgeführt wird, kann die Versicherung ihren Aufgaben gerecht werden. Das allgemeine Streben der Versicherten muß ferner auf eine stete Erweiterung und Ausgestaltung der Fürsorge gerichtet sein.

Hierbei haben die weiblichen Erwählten die speziellen Interessen der Frauen zu vertreten. Sie müssen darauf sehen, daß die Unterstützungseinrichtungen auch den Bedürfnissen der weiblichen Versicherten voll entsprechen. Das Gesetz bietet dazu mannigfache Möglichkeit.

Die Bestimmungen über die Krankenversicherung kennen, wie die meisten unserer Gesetze, nur den Mann als den Ernährer der Familie. In ihnen bekundet sich kein Verständnis für die Bedeutung, die der Frau in der Arbeiterfamilie als Hausmutter zukommt. Die herrschende Anschauung hat in dem Sprichwort Ausdruck gefunden: Der Groschen, den die Frau erspart, ist so viel wert wie der Taler, den der Mann verdient. Jene Einrichtung macht sich gerade recht fühlbar, wenn die Familienmutter erkrankt. In solchem Falle wäre Unterstützung, Fürsorge dringend nötig. Dem Grundsatze des Gesetzes nach ist aber in der Familie der Mann allein versichert, und nur wenn er krank wird, ist die Kasse zur Unterstützung verpflichtet. Wird eines der Familienmitglieder krank — das nicht als erwerbstätig der Versicherungspflicht unterliegt —, so versagt die Versicherung. Die von ihr der Familie gewährte Hilfe ist also sehr ungenügend. Wenn Familienmitglieder erkranken, die nicht selbst erwerbstätig und somit nicht selbst versichert sind, so können mithin für den Mann unerschwingliche Ausgaben entstehen. Die ärztliche Hilfe ist heute noch ein privates Geschäft, und die sie ausübenden Gewerbetreibenden, die Ärzte, müssen gut bezahlt werden. Die Arzneien und Heilmittel in den Apotheken haben sprichwört-

lich fabelhafte Preise. Der kärgliche Verdienst des Arbeiters steht zu solchen Ausgaben in gar keinem Verhältnis. Es müßten deshalb auch die nicht selbst versicherten Familienangehörigen mindestens Anspruch auf ärztliche Behandlung und Heilmittel haben. Damit würde die Volksgesundheit ganz beträchtlich gefördert werden. Die Sozialdemokratie hatte gefordert, diese Familienfürsorge allgemein bei der Krankenversicherung einzuführen. Die bürgerliche Mehrheit des Reichstags hat diese berechtigte Forderung abgelehnt, immerhin mußte sie im Gesetz die Möglichkeit zugestehen, daß diese Familienfürsorge durch entsprechende Bestimmungen im Statut bei der einzelnen Kasse eingerichtet werden kann. Von diesem Recht muß der ausgedehnteste Gebrauch gemacht werden. Nach § 205 der Reichsversicherungsordnung kann die Sakung zubilligen: 1. Krankenpflege für versicherungsfreie Familienmitglieder der Versicherten, bestehend in ärztlicher Behandlung und Versorgung mit Arznei sowie kleinen Heilmitteln. 2. Wochenhilfe für versicherungsfreie Ehefrauen der Versicherten. 3. Sterbegeld beim Tode des Ehegatten oder eines Kindes eines Versicherten. Das Sterbegeld kann für den Ehegatten bis auf zwei Drittel, für ein Kind bis auf die Hälfte des Mitgliedersterbegeldes bemessen werden. Vor dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung konnte diese Familienfürsorge entweder allgemein eingeführt werden, für alle Familienangehörigen unter Bezahlung der Aufwendungen aus den regulären Mitgliederbeiträgen, oder aber „auf ihren Antrag“ hin nur für die Angehörigen solcher Kassenmitglieder, die einen bestimmten Zusatz- oder Extrabeitrag bezahlten. Wenn die Kasse jetzt die Familienfürsorge gewähren soll, so kann diese nur für alle Familienangehörigen eingeführt werden. Allerdings steht der Kasse dafür die Befugnis zu, von den Versicherten mit Familienangehörigen einen Zusatzbeitrag zu erheben. Zu diesem sind aber dann alle derartig Versicherten heranzuziehen. Am richtigsten ist jedenfalls die Fürsorge ohne solche Zusatzbeiträge, so daß auch die ledigen Versicherten die gesamten Lasten mit zu tragen haben. Die Einführung der Familienfürsorge muß vom Ausschuss der Kasse in der Form einer Statutenänderung beschlossen werden. Es genügt dazu eine „ungetrennte“ Abstimmung, das heißt die besondere Zustimmung der Arbeitgeber ist dabei erst dann notwendig, wenn die Kassenbeiträge über 4 $\frac{1}{2}$ Prozent erhöht werden sollen.

Das Gesetz hat aber die Frau nicht nur in ihrer Eigenschaft als Hausfrau, sondern auch in jener als Mutter vernachlässigt. Die Mutterschaft, die dem Weibe die größten Opfer und Gefahren auferlegt, sollte den weitestgehenden Schutz genießen. Gerade auf die mangelhaften einschlägigen Fürsorgeeinrichtungen sind viele Früh- und Fehlgeburten und zahlreiche Todesfälle von Säuglingen zurückzuführen. Die Sozialdemokratie fordert umfassende Mutterschaftsfürsorge durch Staat und Gesellschaft als Recht aller Frauen. Solange aber diese Forderung noch nicht durchgesetzt ist, muß die Krankenkasse ihre Einrichtungen zum Schutze der Mutterschaft immer mehr vervollkommen. Was die Reichsversicherungsordnung vorsieht, ist nicht allzuviel. Wöchnerinnen, die im letzten Jahre vor der Niederkunft mindestens sechs Monate hindurch auf Grund der Reichsversicherung bei irgend einer Kasse gegen Krankheit versichert gewesen sind, müssen für acht Wochen ein Wochenlohn in der Höhe des Krankengeldes erhalten. Damit sind die Mühleistungen der Kasse erschöpft. Mehr zu gewähren ist sie nicht verpflichtet. Im Gegenteil: die Dauer der Wöchnerinnenunterstützung kann bis auf vier Wochen herabgesetzt werden für Mitglieder der Landkrankenkassen, die nicht der Gewerbeordnung unterstehen. Das ist alles mehr als kärglich. Die Kassen können jedoch der Wochenhilfe eine andere Form geben oder sie ausbauen. Sie können mit Zustimmung der Wöchnerin 1. an Stelle des Wochenlohn-

Kur und Verpflegung in einem Wöchnerinnenheim treten lassen, 2. Hilfe und Wartung durch Hauspflegerinnen gewähren und dafür Beträge bis zur Hälfte des Wochengeldes abziehen. Wenn die in einem Wöchnerinnenheim Untergebrachte Angehörige hat, die sie unterhalten muß, so ist für diese ein Hausgeld (Familienunterstützung) im Betrag des halben Wochengeldes zu gewähren.

Die Kassenfassung kann außerdem die Wochenhilfe noch weiter ausbauen durch Einführung folgender Mehrleistungen: 1. Versicherungspflichtigen Ehefrauen oder allen weiblichen Versicherungspflichtigen können Hebammendienste und ärztliche Geburtshilfe, die bei der Niederkunft erforderlich sind, zugewilligt werden. 2. Schwangeren, die derselben Kasse mindestens sechs Monate angehören, kann ein Schwangerengeld in Höhe des Krankengeldes bis zur Gesamtdauer von sechs Wochen zugewilligt werden, wenn sie durch die Schwangerschaft arbeitsunfähig sind. 3. Die Kasse kann aufkommen für die Hebammendienste und ärztliche Behandlung, die bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich werden. 4. Wöchnerinnen, die ihre Neugeborenen stillen, können ein Stillgeld bis zur Höhe des halben Krankengeldes und bis zum Ablauf der zwölften Woche nach der Niederkunft erhalten.

Die Kassen sind also berechtigt, die Mutterschaftsfürsorge sehr weit auszugestalten. Es ist zum Beispiel angängig, daß sie einer Mutter acht Wochen vor und acht Wochen nach der Entbindung, also zusammen für sechzehn Wochen Barunterstützung zuerkennen und daß diese für die letzten acht Wochen — wenn Stillprämie gezahlt wird — das Underthalbfache des Krankengeldes beträgt. Es muß mit Aufgabe und Sorge der Frauen sein, daß die schönen Befugnisse nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch in die Wirklichkeit überführt werden. Wie selbstverständlich sollte nicht die Bezahlung der Hebammendienste durch die Kassen sein — so selbstverständlich, daß man sich nur wundern kann, daß sie nicht längst allgemein als Pflichtleistung eingeführt ist. Aber auch die anderen möglichen Mehrleistungen der Kassen sind so wichtig, daß sie durchgesetzt werden müssen.

Wir haben nur einige Beispiele angeführt, die zeigen, wie die Frauen die Interessen ihres Geschlechts bei der Durchführung der Krankenversicherung vertreten können. Es sei noch an einiges erinnert, das erkennen läßt, wie wichtig es ist, daß die Frauen an der Durchführung der Verwaltung bei der Krankenversicherung teilnehmen. § 185a der Reichsversicherungsordnung ermöglicht es, daß die Kasse mit Zustimmung des Versicherten Hilfe und Wartung durch Krankenpfleger, Krankenschwestern oder andere Pfleger namentlich auch dann gewährt, wenn die Aufnahme des Kranken in ein Krankenhaus geboten, aber nicht ausführbar ist, oder ein wichtiger Grund vorliegt, den Kranken in seinem Haushalt oder in seiner Familie zu belassen. Diese Einrichtung kommt vorzugsweise den Frauen in ihrer Eigenschaft als Hausfrau oder Mutter zugute. Die Frauen haben also in den Organen der Versicherungsträger ein großes Feld der Betätigung vor sich.

Auch soweit die mehr geschäftliche Verwaltung der Kasse in Frage kommt, können die Frauen Schätzbare im Interesse ihres Geschlechts leisten. Bei der steigenden Zahl der weiblichen Ärzte kann immer häufiger die Forderung erhoben werden, Ärztinnen zur Kassenpraxis zuzulassen. Besonders wichtig für die Frauen ist auch die Krankenkontrolle durch weibliche Personen. Für sie sprechen ebenfalls eine ganze Reihe von Gründen.

Man sieht, in mehr als einer Beziehung gibt es für die Frauen bei der Durchführung der Krankenversicherung zu tun! Dringend ist also die Notwendigkeit für sie, sich an den bevorstehenden Vertreterwahlen zu beteiligen. F. Kl.

Landtagswahlen in Finnland.

Die Wahlbeteiligung hat diesmal leider nicht die Höhe früherer Jahre erreicht. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß die Beteiligungsziffer 1907 außerordentlich hoch war, weil der Kampf für die Eroberung des allgemeinen Wahlrechts für beide Geschlechter und der Sieg eine große revolutionäre Begeisterung ausgelöst hatten. Man setzte weitgehende Hoffnungen auf die neue Volksvertretung. Die breitesten Volkskreise übten das neue Recht hoffnungsvoll und zuversichtlich aus. Die Begeisterung hielt jahrelang an. Aber sie wurde schwächer und schwächer, als sich immer klarer erwies, daß die Volksvertretung den hochgespannten Erwartungen nicht entsprechen konnte, die man auf sie gesetzt hatte. Gar zu schnell wuchs die Reaktion außerhalb des Parlaments und auch in ihm selbst heran; die gesetzgeberische Arbeit wurde wie gelähmt, nur als Steuerbewilligungsmaschine konnte die Volksvertretung flott funktionieren, ihre legislative Betätigung trug wenig Früchte. Aber gerade soziale Früchte taten dem Volk not, hatte es erwartet.

Was Wunder, wenn die Begeisterung für die Volksvertretung nicht standhielt, sondern von Wahl zu Wahl geringer wurde! Das mußte um so unvermeidlicher eintreten, als die russischen Gewaltthaber von 1907 bis 1911 das Parlament jährlich auflösten und die gesetzgeberische Arbeit der Volksvertretung in jeder Hinsicht hemmten. Die wichtigsten Gesetze, die der Landtag seit 1907 ausgearbeitet und angenommen hat, sind so gut wie verschollen. Der Senat hat bis heute nicht einmal für gut befunden, sie dem Zaren auch nur vorzulegen. So zum Beispiel das Gesetz zum Alkoholverbot, die neue Gemeindeordnung und das neue Gewerbegesetz. Sinegenen erlassen die russischen Legislativbehörden für Finnland Gesetze, die der finnischen Verfassung zuwiderlaufen und daher einen Verfassungsbruch bedeuten. Die Verwaltungsbehörden — unter der Hoheit des Generalgouverneurs stehend — arbeiten der gesetzgebenden Gewalt des Landes direkt entgegen. Sie sehen die Volksvertretung als ein unvermeidliches Übel an, das zurzeit noch besteht, das sie aber lieber heute als morgen los wären. Daher trachten sie auch, das Ansehen des finnischen Parlaments in jeder Weise herabzusetzen. Nicht nur, daß man die gesetzgeberische Arbeit der Volksvertretung durch eine infame Verschleppungstaktik unfruchtbar macht, die reaktionären Gewalten sind eifrig dabei, die Rechte der Volksvertretung selbst zu beschneiden. Der Senat läßt die Interpellationen des Landtags einfach unbeachtet. Kein Senator hält es der Mühe wert, Anfragen zu beantworten, die von den Vertretern des Volkes gestellt werden. Der Senat — die oberste Exekutivgewalt mit dem Generalgouverneur als Vorsitzenden an der Spitze — fühlt sich selbstherrlich wie der Zar von Rußland. Die Senatoren werden ja vom Zaren ernannt, und sie treiben in Finnland die Politik der „Schwarzen Hunderte“. Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, daß in Finnland manche Bevölkerungskreise politisch müde und flau geworden sind und den Wahlen fernblieben. Es haben sich an den heurigen Wahlen etwa 10 Prozent Wähler weniger beteiligt als 1911. Ob die Frauen oder die Männer diesmal bei der Ausübung ihres Wahlrechts lauer gewesen sind, das läßt sich jetzt noch nicht feststellen. Wahrscheinlich ist die Wahlmüdigkeit bei beiden Geschlechtern gleich groß gewesen.

Die Sozialdemokratie erhielt 1913 etwa 10 000 Stimmen weniger als 1911, das ist 3,3 Prozent. Diese Tatsache wird hier bitter genug empfunden. Die Zahl der sozialdemokratischen Wähler ist ja überall viel größer als die Zahl der organisierten Proletarier, und es hält in Finnland sehr schwer, die unorganisierten Massen zu erfassen. Ob in den früheren Jahren die Wähler überhaupt dank einer weitergespannten Agitation im allgemeinen in größerer Zahl erschienen sind oder ob andere Gesichtspunkte ihr Verhalten bestimmt haben, läßt sich unmöglich feststellen. Da aber diesmal die Wahl-

flauheit besonders merklich war, dürfte es wohl zutreffen, daß diese Flauheit auch in den Reihen der sozialdemokratischen Wähler aufgetreten ist, ohne daß man eine ungenügende Wahlagitatio n unserer Partei dafür verantwortlich zu machen braucht. Man kann im Gegenteil sagen, daß die Wahlagitatio n lebhaft und insofern auch erfolgreich war, als unsere Volksversammlungen recht zahlreich besucht wurden.

Die sozialdemokratischen Frauenorganisationen taten noch ein übriges. Denn abgesehen von der allgemeinen Parteiagitatio n unter der gesamten Bevölkerung veranstalteten sie besondere Frauenagitatio nsversammlungen, an denen sich natürlich auch Männer beteiligen konnten, in denen aber eigens Frauen als Rednerinnen wirkten. Diese Versammlungen wurden von den Frauen viel zahlreicher besucht als von den Männern. Es erwies sich, daß Frauen als Rednerinnen auf Frauen eine größere Anziehungskraft und eine größere Wirkung ausübten. Neben allgemeinen politischen Fragen wurden in diesen Frauenversammlungen besonders auch die Forderungen behandelt, die die Proletarierinnen an die Gesetzgebung richten müssen, sowie die Frage erörtert, warum auch Frauen aktiv an der parlamentarischen Arbeit teilnehmen müßten. Selbstverständlich wiesen die Rednerinnen dabei darauf hin, in wie dankenswerter und fruchtbarer Weise die proletarische, die sozialdemokratische Frau sich bereits an den Arbeiten des Landtags beteiligt und sich bewährt hat. Es konnte durch Beispiele erhärtet werden, daß die weiblichen Abgeordneten des Proletariats im finnischen Parlament Gelegenheit hatten, die Forderungen der Frauen besonders zu vertreten, und daß sie diese Gelegenheit treulich wahrgenommen haben. In der Folge haben die Gesetze, die von der Volksvertretung verabschiedet worden sind, in manchen Beziehungen eine günstigere Gestalt für die Frauen erhalten. Auch das könnte hervorgehoben werden, daß die Sozialdemokratischen im Parlament zum Wohle der erwerbstätigen Frauen und Arbeiterfrauen viel weitergehende Reformen gefordert haben, als was an Zugeständnissen bis jetzt erreicht worden ist. So zum Beispiel haben die parlamentarischen Vertreterinnen des Proletariats Gesetzentwürfe für die nachstehenden Neuerungen eingereicht und ihre Beratung dringend gefordert: 1. Die Einführung der allgemeinen Schulpflicht; 2. die Regelung der Arbeitsverhältnisse von Bureau- und Handelsangestellten; 3. die Regelung der Erwerbsarbeit von Kindern und Jugendlichen; 4. die Milderung der gesetzlichen Strafbestimmungen Kindsmörderinnen betreffend; 5. die Beseitigung der Gefindeordnungen. In der Form von Anträgen forderten die sozialdemokratischen Vertreterinnen im Parlament: 6. eine Mutterschaftsversicherung; 7. die Umgestaltung der Volksschule zur elementaren Einheitschule für alle Arten der weiteren Bildungsanstalten; 8. durchgreifenden Heimarbeitsschutz; 9. die Regelung der mütterlichen Rechte von Ehefrauen betreffend ihre Kinder; 10. die Erweiterung des selbständigen Entscheidungsrechts der Ehefrauen; 11. Schutz für verlassene Mütter und Kinder; 12. Erhöhung der Altersgrenze für die Eheschließung weiblicher Personen von 15 auf 17 Jahre; 13. kommunale Arbeitsvermittlung; 14. eine statistische Erhebung über die Lage der Hausangestellten und gesetzlichen Schutz für diese. Die Rednerinnen konnten des weiteren zeigen, daß und wie die Sozialdemokratischen in den parlamentarischen Kommissionen mitgearbeitet haben. Mit gutem Fug und Recht durften sie in den Agitatio nsversammlungen rühmen, daß die sozialdemokratischen Frauen im Parlament mit allem Eifer die Interessen des Proletariats und der proletarischen Frauen, Kinder und Jugendlichen verteidigt und daß sie für dieses Ziel in jeder Hinsicht positiv gearbeitet haben.

Die Arbeiterinnenorganisationen waren bei der letzten Wahl weiter als früher gegangen. Sie hatten stark betont, wie wichtig es für die proletarischen Frauen sei, daß der sozialdemokratischen Landtagsfraktion zahlreiche Genossinnen angehörten. Sie sorgten für eine dieser Auffassung ent-

sprechende lebhaftere Agitatio n, und so waren in 13 von insgesamt 16 Wahlkreisen 21 Genossinnen endgültig als Kandidatinnen aufgestellt worden. Von diesen wurden 13 gewählt. Man könnte somit sagen, daß die vier neugewonnenen sozialdemokratischen Mandate Frauen zugute gekommen sind. Die bürgerlichen Frauen entsandten diesmal 8 Frauen in den Landtag. Folgende Tabelle zeigt, wieviel Frauen zu den Landtagsfraktionen der verschiedenen Parteien gehörten. Es hatten Frauen in den Landtag entsendet:

	1907	1908	1909	1910	1911	1913
Die Arbeiterpartei	9	13	12	10	9	13
Die schwedische Volkspartei	1	3	4	3	3	4
Die Jungfinnen	2	2	1	2	1	2
Die Altfinnen	6	6	4	2	1	2
Der Kleinbauernbund	1	1	—	—	—	—

Ihrer sozialen Stellung nach finden wir unter den neugewählten weiblichen Abgeordneten: 2 Doktorinnen der Philosophie, 4 Lehrerinnen, 1 Gewerbeinspektorin, 2 Schneiderinnen, 11 Hausfrauen und 1 unverheiratete Berufslose. In der nachstehenden Tabelle ist die Zahl der Wählerstimmen für die einzelnen Parteien bei den letzten drei Wahlen wie auch die Zahl der bei den zwei letzten Wahlen errungenen Mandate angegeben. Es erhielten:

	Stimmen in Tausenden			Mandate	
	1910	1911	1913	1911	1913
Sozialdemokratie	316	321	310	86	90
Altfinnen	174	174	146	43	38
Jungfinnen	114	119	106	28	29
Schwedische Volkspartei	107	106	94	26	25
Kleinbauernbund	60	62	56	16	18
Christliche Arbeiterpartei	17	17	5	1	—
Summa	791	802	726*	200	200

Die Sozialdemokratie hat seit 1907 einen relativen Zuwachs von mehr als 6 Prozent aufzuweisen, sie erhielt 43,08 statt 37 Prozent aller abgegebenen Stimmen, also nahe an die Hälfte. Und gerade bei den letzten Wahlen ist ihre Stimmengahl relativ am stärksten gestiegen, nämlich über 3 Prozent. Mit 80 Mandaten war die Partei 1907 im Landtag eingezogen, und nun ist ihre Fraktion auf 90 Mitglieder gewachsen. So hat die Partei schöne Erfolge zu verzeichnen. Stolz darf sie auf die Jahre des Kampfes zurückschauen, denn die Landtagsvertretung kündigt die innere Kraft der Sozialdemokratie. Noch erheblich bedeutamer ist der Sieg der Sozialdemokratie, wenn man ihn den Verlusten der Altfinnen gegenüberstellt. Diese sind die größte bürgerliche Partei und müssen gewissermaßen als Regierungspartei angesprochen werden. Die Altfinnen haben seit 1907 um 7 Prozent Stimmen und 21 Mandate eingebüßt. 1907 hatten sie 59 Mandate errungen, mehr als den dritten Teil davon haben sie verloren, denn nur 38 haben sie aus den letzten Wahlen gerettet. Die Wähler betätigen die Neigung, immer mehr und mehr nach links zu schwenken. Ihr Weg führt von den Altfinnen über die bürgerlich Liberalen hinweg — ehemals konstitutionelle genannt — zu der Sozialdemokratie. Zurzeit scheint der Kleinbauernbund den Altfinnen viele Wähler abspenstig zu machen. Die Altfinnen beteuern, eine Bauernpartei zu sein. Aber die Kleinbauern beschuldigen diese Bauernpartei der Vernachlässigung wirklich bäuerlicher Interessen. Die Führer der Altfinnen betreiben die hohe Politik im russenfreundlichen Sinne und berücksichtigen daneben nur die Interessen der Großgrundbesitzer und der Großbauern sowie der nationalen Bureaukratie. Die Partei stellt dem Barismus die notwendigen Beamten finnischer Nationalität, die dieser bei der Russifizierung und Vergewaltigung des Landes braucht. Wie das Volk die Politik dieser Regierungspartei wertet, davon reden die 21 verlorenen Mandate innerhalb 6 Jahren. So unzweideutig das Volksurteil ist, so wenig haben sich die Führer der Altfinnen bisher belehren lassen. Sie „fallen vorwärts“, wie der Parteisekretär

* Die Zahlen sind abgerundet und die zersplitterten und falsch abgegebenen Stimmen mitgezählt worden.

Mantakari in einem Artikel schrieb. „Sie können auch nur vorwärts fallen, da der Fuß der Sozialdemokratie sie von hinten stößt,“ ergänzte ein sozialdemokratischer Wikbold diesen Ausspruch.

Die Wahlkampagne war für die finnische Sozialdemokratie gleichsam eine Vorbereitung auf die bevorstehenden außerordentlich harten Kämpfe mit der russischen Gewaltherrschaft, die ebenso tödlich wie brutal ist. Aber die finnische Sozialdemokratie zweifelt keinen Augenblick daran, daß auch diese Kämpfe schließlich mit dem Siege der Arbeiterklasse enden müssen.

M. Martua.

Für unsere Jugend.

Wer erziehen will, muß selbst erzogen sein; wer Charaktere bilden will, muß selber ein Charakter sein. Die schwierige Aufgabe der Erziehung unserer Jugend setzt bei uns die nicht minder schwierige Arbeit der Selbsterziehung voraus. Wir müssen uns bestreben, zunächst in moralischer Hinsicht ein Vorbild für unsere Jugend zu sein; mehr wie Worte vermögen, wird unser Beispiel zur Nachahmung anregen. Und ferner erwächst aus unserer erzieherischen Aufgabe für jeden unter uns die Pflicht, uns vertraut zu machen mit den theoretischen Grundlagen dessen, was wir unserer Jugend mitteilen wollen. Man kann nur dann über einen Stoff frei verfügen, wenn man ihn beherrscht.

Freilich, eins bleibt trotz der besten moralischen und theoretischen Ausrüstung bestehen: Erzieher werden geboren, nicht erzogen. Die Fähigkeit, mit jungen Menschen umzugehen und ihr Vertrauen zu gewinnen, ist ein Geschenk der Natur. Darin ist auch die Personfrage bei unserer Jugendbewegung so wichtig. Die Erfahrung lehrt uns alle Tage, daß die Sache da geht, wo die rechte Persönlichkeit den Hebel in der Hand hat; im anderen Falle kommt sie nicht vom Fleck. Was dem einen bei redlichstem Willen und rastlosem Bemühen nicht gelingen will, das erreicht der andere spielend. Indessen brauchen wir deshalb nicht zu verzagen; es fehlt im Proletariat nicht an Begabungen; der gute Wille vermag viel.

Aber vor einem verhängnisvollen Mißgriff muß besonders gewarnt werden: Wir dürfen nicht meinen, wir hätten unsere Schuldigkeit getan, wenn wir wie ein Schulmeister von oben herab unsere Weisheit und guten Ratsschlüsse auf die Köpfe der Jugend herabprasseln lassen. Das wäre so ziemlich der verkehrteste Weg, den wir einschlagen könnten. Unser erstes Bemühen wird immer dieses sein müssen: das Vertrauen unserer jungen Freundinnen und Freunde zu gewinnen. Wie das zu machen ist?

„Wenn ihr's nicht fühlt, ihr werdet's nicht erjagen,
Wenn es nicht aus der Seele bringt
Und mit kräftigem Behagen
Die Herzen aller Hörer zwingt.“

Soviel ist sicher: Menschen mit heiterer, frischer Gemütsart sind vor anderen auszuwählen zu Erziehern der Jugend; wer mit der Jugend nicht auch jung und froh, und gelegentlich auch ausgelassen sein kann, der wird ihr nur sehr schwer nahekommen.

Ein Umstand kommt uns bei unserer Vorbereitung zu Hilfe: die gleiche wirtschaftliche und soziale Not. Das ist der gemeinsame Boden, auf dem wir unseren jungen Freundinnen und Freunden die Hand reichen müssen. Wir müssen ihnen klar machen, daß unser Streben, ihnen zu helfen, nicht etwa nur aus dem Quell des Gefühls entspringt, sondern daß es entstanden und befestigt ist auf dem Grunde der gleichen Not. Die gleiche Ausbeutung und die gleiche Unterdrückung sind der Kitt, der uns zusammenhält. „Ich will euch helfen, weil ich euch helfen muß.“ So oder ähnlich könnte man sprechen; durch solche Gedanken weckt man das starke Bewußtsein der Solidarität, der Gleichheit unserer Interessen. Und das ist das Allerwichtigste. Unsere Bestrebungen auf dem Gebiet der Jugendbewegung würden vollkommen haltlos in der Luft schweben, wenn wir sie auch nur zeitweise lösen würden aus dem innigen Zusammenhang mit der gewaltigen Kulturbewegung,

von der auch wir ein Stück sind, aus dem Zusammenhang mit der sozialistischen Arbeiterbewegung. In ihr müssen wir grundsätzlich die Ziele und die Mittel unserer Jugendberziehung orientieren. Das erleichtert unsere Aufgabe beträchtlich in gewissem Sinne. Denn dadurch kommt ungefragt ein einheitlicher Geist, eine Konzentration in unsere Bestrebungen, nach der die bürgerliche Jugendbewegung zwar auch verzweifelt trachtet, die sie aber bei der Verschiedenheit ihrer Klasseninteressen schwerlich erreichen wird.

Die Orientierung an den Aufgaben der sozialistischen Arbeiterbewegung wird uns wesentliche Dienste leisten bei der Auswahl und Gestaltung der Stoffe für unsere Jugendveranstaltungen. Das gesellschaftliche Gebiet mit seinen mannigfachen Erscheinungen in Vergangenheit und Gegenwart wird selbstredend immer der wichtigste Lehrstoff sein müssen; daneben Naturwissenschaft und Kunst. Und dabei sollten wir uns klar darüber sein, daß wichtiger als das Reden über die Dinge die Dinge selbst sind. Es ist beispielsweise für unsere Jugend (für die Erwachsenen auch!) viel wertvoller, das Getriebe einer Schiffswerft, oder einen Kiefernwald der Heide, oder eine Gemäldegalerie mit eigenen Augen gründlich gesehen zu haben, als einen noch so ausführlichen, mit den schönsten Lichtbildern ausgestatteten Vortrag darüber zu hören. Damit soll natürlich nichts gegen den bildenden Wert solcher Vorträge gesagt werden; beileibe nicht; aber das Wichtigste ist die Anschauung und Verarbeitung der Dinge selbst. Wenn unsere Freunde sich zuvor nach eigener Anschauung einen sicheren Schatz klarer und unerblickbarer Vorstellungen eingesammelt haben, dann werden Vorträge zur Befestigung, Erweiterung und Vertiefung des Vorhandenen von großem Nutzen sein.

Und wenn es schon das Ziel dieser unterrichtenden Erziehung ist und sein muß, den Verstand zu eigenem, selbständigem Urteil zu befähigen, so will ich doch, auf die Gefahr, der „Duselei“ geziehen zu werden, darauf hinweisen, wie unumgänglich es ist, gelegentlich an das Gefühl zu appellieren. Jugendliche wollen anders behandelt sein als Erwachsene. Das ist eine alte Erfahrung; und der Erzieher muß sich danach einrichten. Wer hier von „Gefühlsduselei“ spricht, der ist, wie mir scheint, am wenigsten berufen, in Jugendberziehungssfragen mitzureden. Ein trockener Verstandeslaster wird kaum jemals Ersprießliches bei der Jugend erreichen.

Und noch eins: Nicht immer nörgeln und zurechtweisen. Es ist doch eigentlich selbstverständlich, daß da nicht immer alles glatt vonstatten geht, wo so viel junges Volk zusammenkommt, wie in unseren Veranstaltungen. Du lieber Himmel! Wie war's denn früher bei dir, ehe du der trockene Knast von heute wurdest? Manche „Unregelmäßigkeiten“ behandelt man am besten dadurch, daß man sie nicht sieht. Damit soll keineswegs gesagt sein, daß man nun auch bei wirklich ernsthaften Vergehen die Augen zudrücken soll. Im Gegenteil. Das würden die Jugendlichen selbst mit richtigem Instinkt als Schwäche auslegen. Überhaupt muß es ein Gesetz für uns werden: Was unsere jungen Freundinnen und Freunde aus eigener Kraft vollbringen können, da soll man ihnen nicht dazwischenreden. Wir wollen doch selbständige und selbstbewußte Männer erziehen und keine Automaten.

Im vorstehenden habe ich versucht, einige Fingerzeige zu geben, die mir wesentlich erscheinen; ich bin dabei lediglich praktischen Erwägungen gefolgt, ohne irgend eine Vollständigkeit zu erstreben. Wir alle, die wir kaum über die ersten Schritte bei unserer Jugendbewegung hinaus sind, müssen auf diesem Gebiet Tag für Tag hinzulernen, und ich bin überzeugt, ein Austausch der Erfahrungen kann für unsere Bestrebungen nur vorteilhaft sein. Also ich bitte meine Leserinnen und Leser recht dringend, die gegebenen Winke nicht anzusehen als die Weisheit eines abgestempelten Pädagogen, sondern lediglich als die Meinung eines Menschen, der ehrlich bemüht ist, unserer Jugend zu dienen, und der aus Erfahrung weiß, daß sehr viele zünftige Pädagogen alles andere eher sind als Erzieher.

Jürgen Brand.

August Bebel zum Gedächtnis.*

Viel glänzende Namen kennt die Geschichte. Helden und Märtyrer leben im Gedächtnis der Völker fort. In den Herzen der denkenden, um ihre Befreiung ringenden ProletarierInnen aber wurzelt kein Name so fest wie der August Bebel's. Was bedeuten ihnen neben ihm die leuchtendsten Namen aus der Geschichte der Frauenbewegung, die Namen all derer, die die ersten und berühmtesten Bannerträger der Forderungen der Frauenemanzipation gewesen sind? Ein John Stuart Mill, eine Mary Wollstonecraft, die unvergänglichen Gestalten der Frauen aus der großen französischen Revolution? Die Proletarierin nennt sie, sie ist voller Bewunderung, wenn sie von diesen Pionieren der Frauenrechte hört, ihre Werke und ihre Taten liest. Aber sie stehen ihr nicht nahe. August Bebel dagegen kennen sie alle gleichsam persönlich. Sie nennen seinen Namen wie den eines guten Freundes, auch wenn sie ihn nie gesehen haben. „Unser Bebel“ hört man nicht selten Arbeiterinnen sagen, wenn sie sein Buch gelesen haben. Hat doch kein zweites Werk für die Erweckung der Frauen zum Menschenbewußtsein so viel getan wie Bebel's Buch: „Die Frau und der Sozialismus“. Die deutschen Genossen nennen August Bebel den *Zhri gen*, aber mit nicht weniger Recht betrachten wir ihn als unseren Bebel. Denn wir alle haben von ihm gelernt. Selbst jene, die sein herrliches Buch nicht gelesen haben, nehmen daran teil.

Wenn wir sagen sollen, wie Bebel auf die österreichische Arbeiterinnenbewegung eingewirkt hat, so haben wir vielleicht noch zu wenig gesagt, wenn wir konstatieren, daß er uns Impuls, Erkenntnis und Begeisterung gegeben hat. *Belehrend und aufreizend* hat sein Buch auf uns gewirkt. Wie oft wohl haben wir in den ersten neunziger Jahren, als unsere Agitation noch jungen Datums war und unsere Schar kaum mehr als wenige Hunderte zählte, stammend vor Begeisterung erklärt: „August Bebel sagt.“ Wir zitierten Stellen seines Buches, wir lasen daraus vor, jede Genossin, die sich anschickte, Rednerin zu werden, studierte es. Und so ist es noch heute. Noch heute lernt die Arbeiterinnenbewegung von dem hervorragendsten Bahnbrecher der Frauenbewegung. Verlangend haben wir oft gesagt: „Ja, würden alle Männer so reden!“ Immer haben wir es für notwendig gehalten, daß nicht nur Frauen lesen sollen, was August Bebel über die Frauen sagt. Männer müßten lesen, wie ergreifend er das Sklavendasein der Frau als Lohnarbeiterin und als Hausfrau schildert, wie überzeugend er die Wege zur Befreiung gemeinsam mit dem kämpfenden Proletariat weist. Immer haben wir gewünscht, daß die vielen Männer, die August Bebel als Agitator, Parlamentarier und Parteiführer bewunderten, ihn auch als Anwalt der geknechteten, rechtlosen Frauen kennen lernen sollten. Wer so viel Achtung und Verehrung als Vorkämpfer des Proletariats genoß, wie er, dessen Worte müßten auf jedem Gebiet Beachtung finden, sie müßten Früchte tragen. Die Wiener sozialdemokratischen Arbeiterinnen haben einigemal Gelegenheit gehabt, August Bebel's hinreißender, überzeugender Rede zu lauschen. Bei österreichischen Parteitagungen, in Versammlungen und bei kleinen Zusammenkünften. Jede einzelne, der es vergönnt war, den unerreichten Vorkämpfer des Proletariats zu sehen und zu hören, zählt diese Augenblicke zu den unvergeßlichen ihres Lebens. Empfind sie doch tief, daß Bebel nicht nur der Vorkämpfer für das Recht der ausgebeuteten und unterdrückten Arbeiterklasse war, sondern auch der warmherzige Pionier für das Menschenrecht des unfreien weiblichen Geschlechts.

Als die Nachricht von Bebel's Tode zu uns nach Wien kam, da fanden sich unaufgefordert Genossinnen in unserem Sekretariat ein, weil sie ganz instinktiv das Gefühl hatten, sie müßten bei der Bestattung ihres Vorkämpfers vertreten sein; sie wollten unter Gleichgesinnten ihrem Schmerz und ihrer Trauer Ausdruck geben. Und in den entlegensten

Orten Österreichs kamen die Genossinnen zusammen, um stehend eine Genossin anzuhören, der vielleicht der Schmerz um Bebel das erste Mal die Gabe der Rede verliehen hat. In Wien erinnerten sich die älteren Genossinnen lebhaft der Zeit, da August Bebel zum ersten Male zu uns kam. Noch gab es damals fast keine Arbeiterinnenbewegung. Und doch eilten Genossinnen und Proletarierinnen aus den entlegensten Fabriken herbei, um den Verfasser des Buches über die Frau zu hören, zu sehen, ihm zuzuhören. Vielleicht darf ich es hier erzählen, wie August Bebel bedacht war, die Frauen zum Wirken für ihre Sache, für die Sache des Proletariats zu ermutigen und zu fördern. Ich war eine unbekannte, unbedeutende Genossin, eine unter vielen, und sicherlich war mein Geschick das zahlreicher anderer Arbeiterinnen. Da war Bebel wieder einmal in Wien, mit ihm Friedrich Engels. Mit jeder von uns, die wir bewundernd und dankerfüllt ihn umgaben, sprach er freundliche Worte und frug nach unserem Wirkungsbereich. Als ich nicht umhin konnte, ihm zu klagen, wie meine Tätigkeit als Sozialdemokratin durch die Abneigung meiner Mutter gegen die Partei erschwert werde, da kam er am nächsten Tage mit Friedrich Engels, um bei der Mutter für mich einige gute Worte einzulegen.

Uns sozialdemokratischen Frauen Österreichs ist es, als hätten wir mit August Bebel Vater, Bruder und Freund verloren. Wie oft haben wir ihn zum Zeugen aufgerufen, wenn wir in schwierigeren Zeiten, die nun längst vorbei sind, um unsere Position in der Partei zu kämpfen hatten! Eine unerschöpfliche Waffenschmiede war uns sein unsterbliches Werk über die Frau. So können wir mit Recht sagen: Auch unser war Bebel, auch wir haben ihn verloren. Mit der Arbeiterklasse der ganzen Welt mögen die proletarischen Frauen aller Länder um den besten Vorkämpfer für ihre Rechte trauern. Möge das Gefühl der Dankbarkeit bei allen so groß sein, daß jede einzelne an seinem Beispiel die Kraft findet, dafür zu wirken, daß sein Geist überall lebendig werde, wo Proletarierleid zum Kampfe für Erlösung von den Übeln des Kapitalismus treibt. Bebel's Leid haben die Flammen verzehrt, die Welt aber muß empfinden und künden, daß sein Werk unvergänglich ist, daß es fortlebt und immer mächtiger wird. Dazu beizutragen, das ist der beste Dank, den wir ihm über das Grab hinaus zollen können.

Adelheid Popp, Wien.

Es ist schlechterdings unmöglich, in der „Gleichheit“ all die Kundgebungen des Schmerzes, der Trauer wiederzugeben, die Bebel's Tod unter den sozialistischen Frauen aller Länder ausgelöst hat. Nicht einmal aufzählen lassen sie sich, denn zu den Vorkämpferinnen der sozialistischen Frauenbewegung in den einzelnen Ländern haben sich sehr viele lokale Vereinigungen sozialistischer Frauen gestellt, dazu zahllose Genossinnen, die Bebel ein neues geistiges Leben voller wertvoller Gegenwartsarbeit und stählender Zukunftshoffnungen verdanken. Sie alle weiten mit ihrem Herzen an Bebel's Wahre, wollten dort ihre unauslöschliche Dankbarkeit und Verehrung zum Ausdruck gebracht haben. Was Genossin Popp geschrieben hat, ist gewiß den sozialistischen Frauen aller Länder aus der Seele geschrieben und läßt hell hervortreten, wieviel Förderung, wieviel Kraft, Mut und Begeisterung die internationale sozialistische Frauenbewegung von Bebel empfangen hat. Im Anschluß an diesen Ausdruck der höchsten Verehrung und Trauer haben wir nur einige Kundgebungen ausländischer Genossinnen hervor.

Die Genossinnen Dr. *Wentham* und Dr. *Marion Phillips* sendeten die Versicherung, daß der unerföhlliche Verlust der deutschen Genossinnen auch von den englischen Schwestern in der Unabhängigen Arbeiterpartei und der *Women's Labour League* tief empfunden werde. Zuschriften ähnlichen Inhaltes gingen zahlreich aus *Rußland* ein, und Genossin *Kollontaj* insbesondere widmete Bebel Worte der heißen Verehrung und Dankbarkeit. Vom Verband der sozialdemokratischen Frauenklubs in den Niederlanden gab Genossin *Ankersmit* dem allgemeinen Empfinden ergreifenden Ausdruck. Aus *Finnland* kamen *Veileids*-Kundgebungen. Der Verband sozialdemokratischer Frauen dasselbst sendete dieses Telegramm:

* Dieser Artikel traf leider zu spät für unsere Bebelnummer ein.

„Tief betrübt beklagen die Proletarierinnen Finnlands den Tod des großen Vorkämpfers des Sozialismus und der Befreiung der proletarischen Frauen.“ Das Frauenorgan der finnischen Arbeiterinnen — *Työläisnainen* — feierte den Verstorbenen in warmen Worten als einen Mann der Internationale — der Welt —, dessen Todesnachricht auf der ganzen Erde den lautesten Widerhall findet und der für das Proletariat unsterblich weiterlebt und weiterwirkt durch die heldenhafte Arbeit, die er in seinem Leben getan.

Es war der Ausdruck allgemeinen Empfindens und Wünschens, daß Genossin Klara Zetkin als internationale Sekretärin der sozialistischen Frauen an Bebels Bahre einen Riesenkranz wunderbarer dunkler Rosen mit Schleife und Widmung niederlegte. Die deutschen Genossinnen sandten durch Genossin Zieß einen eigenen Kranz, Vereine schweizerischer Sozialistinnen taten das gleiche, auch Blumenpenden bürgerlicher Frauenrechtlerinnen fehlten nicht. Zuschriften an die Genossinnen Zieß und Zetkin bezugten, wie hoch Frau Minna Cauer Bebels Wirken für die Gleichberechtigung und Befreiung des weiblichen Geschlechts wertet, wie schmerzlich sie seinen Tod empfand. In der letzten Nummer ihrer „Frauenbewegung“ hat sie dem „Sohn des Volkes“ einen Artikel gewidmet, der des Toten würdig ist. Es heißt darin unter anderem: Vor der Größe dieses Mannes, und dessen, was er gewollt, erstrebt und erreicht hat, sollte alles und jedes schweigen, was Gegner und Feind an ihm auszusetzen haben. Vor einem solchen Leben und einem solchen Lebenswerk sollte sich jeder beugen, selbst wenn er dem Werke gegenüber als größter Widersacher steht....

Die Frauen aber, ob sie seinem Werke verstehend oder ablehnend gegenüberstehen, sollten nie vergessen, was Bebel für sie geleistet hat, er, der ihnen als Vermächtnis hinterlassen hat: „Es gibt keine Befreiung des Menschen ohne die soziale Unabhängigkeit und Gleichstellung der Geschlechter.“

Aus der Bewegung.

Frauenagitation und -organisation in den Bezirken Breslau und Oberschlesien. In den Bezirken Breslau und Oberschlesien wurden genau so wie vorher im Görlitzer und Langenbielauer Bezirk Informationsreisen für Genossin Wulff veranstaltet. Selbstverständlich sollte diese dabei auch den Genossinnen mit Rat und Tat zur Hand gehen und soviel als möglich neue Mitglieder zu gewinnen suchen. Im Bezirk Breslau fanden Versammlungen statt in Trachenberg, Gorkau, Glogau, Ohlau, Brieg, Hundsfeld, Schlabitz, Festsberg, Bahnau, Parchwitz, Goldberg, Liegnitz, Neustadt, Reife, Wanzen, Strehlen, Trebnitz und Wohlau. Sie waren meist öffentliche, einige davon tagten sogar unter freiem Himmel. Der Bezirk Breslau, der einen großen Teil Mittelschlesiens umfaßt, ist nur schwach mit Industrie durchsetzt, er ist deshalb bei unserer Agitation weniger fruchtbringend, als es sonst der Fall sein dürfte. In einzelnen Orten gibt es freilich eine beträchtliche Anzahl Arbeiterinnen, die hauptsächlich in der Zigarrenfabrikation tätig sind. Sie frönden jedoch überwiegend unter so erbärmlichen Lohn- und Lebensverhältnissen, daß sie den Weg zur Organisation noch nicht gefunden haben und nur schwer finden. Die Arbeiterinnen selbst erklären meist, sie verdienen nicht so viel, daß sie Geld für die Organisation „übrig“ hätten. Die Außerung allein zeigt schon, daß ihnen die Bedeutung und der Nutzen des Zusammenschlusses noch völlig fremde Begriffe sind. Erschwert wird die Agitation zurzeit auch durch den außerordentlich flauen Geschäftsgang in der Tabakindustrie. Kürzlich wurden wieder Betriebe geschlossen, in anderen steht die Einstellung bevor. So gesellt sich für viele Arbeiterinnen zu dem fargen Verdienst das Gespenst der Arbeitslosigkeit. In anderen Berufen — besonders wo überwiegend oder nur männliche Arbeiter beschäftigt sind — ist die Arbeitslosigkeit bereits zu einer schweren Plage geworden. Furchtbares Elend sieht man auf Schritt und Tritt. Trotz alledem haben konfessionelle Organisationen, Kriegervereine und andere Klubbvereine einen guten Zustrom von Arbeitern und Arbeiterfrauen. In Trachenberg war unsere Versammlung äußerst schwach besucht. Kurz vor Beginn zog der katholische Gesellenverein, geleitet von Pfarrern, mit klingendem Spiel aus dem Tore, und zu dem winkenden Vergnügen gingen Leute mit, die ohne diese Veranstaltung zu uns gekommen wären. Das Massenbewußtsein fehlt vielen Proletariern am Ort. Das trifft auch für die Arbeitererschaft in Militsch-Schlabitz zu. Gewerkschafter und Parteimitglieder samt ihren Frauen machten hier ein Kriegervereinsfest mit oder waren doch Zuschauer dabei. Unsere Versamm-

lung aber, die zur selben Zeit stattfand, hatte kaum 60 Besucher! Zum Glück sieht es nicht überall im Bezirk so schwarz aus. In manchen Orten hatte unsere Versammlung stattlichen Besuch, und auch die Frauen waren recht zahlreich erschienen. Wir konnten greifbare Erfolge verzeichnen, denn neue Mitglieder traten der Partei bei. Unsere Aufgabe muß nun sein, diese Neugewonnenen zu halten und ihre Anschauungen zu klären und zu festigen. Diesem Zweck sollen auch im Bezirk abzuhaltende Frauenabend dienen, die überall eingerichtet werden, wo es nur möglich ist. In den größeren Orten war das bis jetzt schon der Fall. Leider mangelt es aber selbst da an Genossinnen und Genossen, die einen Vortrag halten können. In der Hauptsache muß man sich auf das Lesen beschränken. Genossin Wulff gab die erforderliche Anleitung, wie das nutzbringend geschieht. In größeren Städten wie in Breslau und Liegnitz wird es möglich und besonders lohnend sein, daß ein Kursus für die Weiterbildung fortgeschrittener Genossinnen eingerichtet wird, die dann später als Rednerinnen hinausgehen können.

Ganz anders als im Bezirk Breslau liegen die Verhältnisse in Oberschlesien. Von einer nennenswerten Anzahl tätiger Genossinnen kann hier nicht berichtet werden, obgleich schon seit Jahren Frauen einzelnen Ortsvereinen als Mitglieder angehören. Versammlungen fanden statt in: Kattowitz, Königshütte, Beuthen, Laurahütte, Neudorf, Zaborze, Kattowice, Mikulshütte und Schwientochlowitz. In Kattowitz und Zaborze kamen die geplanten Veranstaltungen nicht zustande. Oberschlesien ist ein gewaltiges Industriezentrum, ein Land der Kohle und des Erzes mit einem riesigen Arbeiterheer, dem auch zahlreiche Frauen eingereiht sind. Aber hier herrschen verschiedene finstere Gewalten. Den stärksten Einfluß übt die katholische Kirche aus, die hier noch eine Macht besitzt wie kaum anderwärts. Ihr kommt besonders die geringe Bildung der Frauen und Mädchen zugute, die als Kinder in der Familie nur Polnisch hörten und sprachen und sich in der schlechten Schule jahrelang abmühen mußten, notdürftig die deutsche Sprache zu erlernen. Unter solchen Umständen konnten sie sich nur ganz geringes Wissen aneignen. Obendrein hält die Schule noch immer den Religionsunterricht für das Wichtigste. Unsere Aufklärungsarbeit ist unter solchen Verhältnissen ungeheuer schwer. Eigentümlich berührte es, daß in den Städten die Versammlungen nicht so stark besucht waren als in den Dörfern. Überall wurden Frauen Mitglieder unserer Parteioorganisation. In den Orten, wo nun die Zahl der weiblichen Parteiangehörigen beträchtlich geworden ist, sollen in Zukunft ebenfalls Frauenabende eingeführt werden. Es wird in Oberschlesien langsam, sehr langsam vorwärtsgen. Schuld daran trägt außer den oben erwähnten Umständen auch zu einem nicht geringen Teil der Zwiespalt der Organisationen. In der zweisprachigen Gegend schien es vor Jahren notwendig, eine polnische Parteioorganisation zu gründen, die aber nach den jetzt vorliegenden Beweisen nicht ihren Zweck erfüllt hat. Anstatt daß die polnische Organisation an einem Strang mit der deutschen Sozialdemokratie gezogen hätte, ist sie immer mehr in das nationalistische Fahrwasser geraten. Eine durchgreifende Änderung erscheint dringend wünschenswert. Es wird in Oberschlesien eifrigster Arbeit und zäher Ausdauer bedürfen, damit der Gedanke des Sozialismus die weitesten Kreise der Arbeiterschaft erfasst und zum Leitstern ihres Lebens und Handelns wird.

F. W.

Jahresbericht der Frauensektion des sozialdemokratischen Vereins in Karlsruhe. In der verflossenen Geschäftsperiode, die nur neun Monate umfaßt, hat unsere Frauensektion wieder eine rege Tätigkeit entfaltet. Es fanden 5 Mitgliederversammlungen statt, in denen lehrreiche Fragen behandelt wurden, so unter anderem „Die Frau im Erwerbsleben und die Sozialgesetzgebung“, „Weltanschauungsfragen und moderne Religionsbegriffe“. Außerdem wurden 2 öffentliche Versammlungen veranstaltet mit der Tagesordnung: „Was fordert die moderne Kindererziehung von den Arbeitereltern?“ und „Die Stellung der Frau im modernen Wirtschaftsleben und ihre politischen Rechte“. Der Besuch der Versammlungen war im allgemeinen ein guter, besonders ist dies der letzten öffentlichen Veranstaltung, dem Frauentag nachzurühmen. Der Frauenchor und der gemischte Chor Mühlburg wirkten dabei in dankenswerter Weise mit. — Lesabende sind 5 abgehalten worden, in denen unter anderem Gegenstand der Behandlungen waren: ein Teil aus Bebels Buch „Die Frau und der Sozialismus“, das „kommunistische Manifest“ und die sozialen Gedichte von Freiligrath. Der Besuch der Lesabende ließ leider zu wünschen übrig, obwohl gerade dort den Genossinnen Gelegenheit gegeben war, im kleinen, vertrauten Kreise sich Wissen und Schulung in den verschiedensten Fragen zu

erwerben. Aber nicht nur in politischer, sondern auch in wissenschaftlicher und künstlerischer Beziehung konnten sie an ihrer Weiterentwicklung arbeiten. Die Veranstaltungen des Bildungs-ausschusses boten dafür Wertvolles. Es seien die zwei Kurse zur Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus hervorgehoben. Genosse Vorchardt behandelte den historischen Materialismus, Genosse Dr. Dieß die ökonomischen Lehren von Karl Marx. An der Besichtigung der hiesigen Kunsthallen beteiligten sich ebenfalls Genossinnen. Um den weiblichen Parteimitgliedern einige fröhliche Stunden zu bereiten und sie einander persönlich näherzubringen, wurde im verfloffenen Geschäftsjahr zum erstenmal ein Familienabend veranstaltet, der einen schönen Verlauf nahm und unserer Gruppe einige neue Mitkämpferinnen brachte. Wie dieser kurze Überblick zeigt, haben wir verschiedene Wege gewählt, um die proletarischen Frauen aus ihrer lethargie zu wecken und die Erwachten an unsere Organisation zu fesseln und sie zu schulen. Trotz aller Bemühungen seitens der tätigen Genossinnen ist die Mitgliederzahl der Frauensektion nur von 227 auf 239 gestiegen. Es erklärt sich das aus den vielen Widerständen, auf die unsere Aufklärungs- und Werbearbeit noch stößt. Wenn man sie kennt, so muß man auch das Erreichte als Fortschritt würdigen. Es wird uns aneignen, unverdrossen weiter dafür zu wirken, daß immer mehr von den uns noch fernstehenden Arbeiterfrauen und Arbeiteröchtern von der Notwendigkeit der politischen Organisation überzeugt werden. Unsere Arbeit wird um so fruchtbarer sein, wenn der politisch aufgeklärte Mann das Seinige dazu beibringt, daheim in der Familie die Anschauungen zu erklären, denen er selbst huldigt. Bedauerlicherweise fehlt es daran noch oft genug. Das Zusammenarbeiten zwischen Genossinnen und Genossen war ein gutes. In der verfloffenen Berichtsperiode wurde zum erstenmal eine Genossin zum deutschen Parteitag in Chemnitz delegiert. Die Wahl fiel auf Genossin Fischer, die ebenfalls zu der Landesversammlung in Offenbürg entsendet wurde. Das begonnene neue Tätigkeitsjahr bringt uns in Baden einen heißen Wahlkampf. Er muß zeigen, daß die Genossinnen ihre volle Pflicht und Schuldigkeit für den Sieg der sozialistischen Sache tun. Sie werden ihn ausnützen, um die proletarischen Frauen immer zahlreicher um das Banner unserer Partei zu sammeln. Der Wahlkampf soll ein Jahr fleißigen Säens und freudigen Erntens einleiten. Es gilt für die Genossinnen, eifrig an die Arbeit zu gehen und durch die Tat zu beweisen, daß im Kampfe für die Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit die sozialistischen Frauen gleichberechtigt und ebenbürtig neben den Männern stehen.

K. F.

Politische Rundschau.

Während die Krise sich ausbreitet und die Zahl der Arbeitslosen anschwillt, bleibt die Teuerung am Herde des Proletariats sitzen. Wenn bei einigen Lebensmitteln, bei Gemüse, Kartoffeln ein kleiner Preisrückgang gegen 1912 und 1911 zu verzeichnen ist, so gleicht die erneut einsetzende Steigerung der Fleischpreise das wieder zuungunsten der großen Masse des Volkes aus. Eine zeitweilige Milderung der Fleischnot ist wieder abgelöst durch eine erneute Verschärfung. Wie verheerend sie auf die Volksernährung einwirkt, das zeigt die Statistik des Fleischverbrauchs, die einen starken Rückgang aufdeckt. Bei zunehmender Bevölkerung ist in Deutschland im zweiten Quartal 1913 der Fleischverbrauch gegenüber 646 381 Tonnen im gleichen Zeitraum des Vorjahres auf 624 083 Tonnen gefallen. Im Jahre 1912 entfielen im zweiten Vierteljahr auf den Kopf der Bevölkerung noch 10,14 Kilogramm Fleisch, 1913 im selben Zeitraum nur noch 9,32 Kilogramm. Die Schlachthäuser der großen Städte zeigen einen erheblichen Rückgang der Schlachtungen. In Berlin zum Beispiel wurden im Juli 11 139 Stück Vieh weniger geschlachtet als im Juli 1912. In Dortmund betrug die Abnahme der Schlachtungen im Juli 1508 Stück Vieh, während die Zahl der Einwohner um 14 000 stieg. Aus Bayern wird ein auffallender Rückgang der Schweinezucht gemeldet, die Zahl der Schweine hat dort vom Dezember 1907 bis Dezember 1912 um 11,8 Prozent abgenommen. Und am 2. Juni 1913 war eine weitere Verminderung um 3,5 Prozent zu verzeichnen. Das geschieht, obgleich im Jahre 1912 die Schweinepreise hoch standen und auch eine gute Kartoffel- und Rübenerte für genügendes Schweinefutter zu verhältnismäßig normalen Preisen gesorgt hatte. Wenn unter solchen Umständen dennoch die Schweinezucht zurückgeht, so ist das eine eigenartige Illustration zu der von den Junkern und anderen Wucherzöllnern immer wiederholten Behauptung, daß Deutschland keine Fleischimporte aus dem Ausland braucht, sondern daß die deutsche Landwirtschaft imstande ist, den Fleischbedarf des deutschen Volkes vollauf zu decken.

In Wirklichkeit herrscht auch jetzt noch, da die Folgen der Dürre des Jahres 1911 überwunden sein mühten, schlimme Fleischnot und Fleischteuerung, und es ist keine Aussicht, daß sich das in absehbarer Zeit bessern könnte. Die einzige Maßregel, die helfen würde, wäre die Öffnung der Grenzen für ausländisches Fleisch und Vieh, vor allem die Aufhebung der schikanösen Bestimmungen des Fleischbeschaugesetzes, die die Einfuhr von Gefrierfleisch aus Argentinien und Australien unmöglich machen. Aber gegen diese Maßregel wehrt sich das Agrariertum, die Großgrundbesitzer und Großbauern mit aller Kraft. Für die Massen wird das Fleisch immer mehr zum unerreichbaren Lederbissen. Und wenn die Krise das Elend in den Arbeiterwohnungen noch so hoch anschwellen lassen wird, die Agrarier werden auf ihrem Scheine bestehen und fordern, daß auch die Glendesten, die Arbeitslosen ihnen noch den Tribut zahlen, den jeder Deutsche ihnen zu entrichten hat, den Tribut, der in den hohen Preisen der Lebensmittel steckt. Hinter dem künstlichen Grenzwall, den die Lebensmittelzölle und die Grenzsperrern für Vieh und die Bestimmungen des Fleischbeschaugesetzes bilden, vermögen ja die Agrarier die Preise der Lebensmittel künstlich in die Höhe zu schrauben und uns neben der allgemeinen internationalen Teuerung, die der Kapitalismus uns beschert, noch eine Spezialteuerung aufzuerlegen.

Schon hat die Arbeitslosigkeit einen Umfang angenommen, daß in vielen Städten große Versammlungen der Arbeitslosen die Öffentlichkeit auf die Not aufmerksam machen, die Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden an ihre Pflicht mahnen mußten, das Ihrige zur Vinderung des Notstandes zu tun. Aber nur langsam und zögernd setzt sich der Amtschimmel zu solchem Ziele in Bewegung. Das Gewerkschaftskartell in Leipzig erhielt zum Beispiel neuerdings auf eine Eingabe die tröstliche Versicherung, daß die städtischen Instanzen schon eine ganze Weile über die Notstandsarbeiten nachdenken, die in Angriff genommen werden könnten. Daß diese gründlichen Erwägungen schon zu praktischen Ergebnissen geführt hätten, konnte der Rat leider nicht mitteilen. Maßnahmen für Arbeitslose zu treffen, die wirklich helfen, ist freilich nicht so bequem, wie Gelder für sogenannte patriotische Zwecke zu verpulvern. In dieser Hinsicht wird in Leipzig und auch in anderen deutschen Städten in diesem Jahre der Jahrestag der sogenannten Freiheitskriege von 1813/14 Bedeutendes geleistet. Leipzig, vor dessen Toren sich im Oktober 1813 die große Völkerschlacht abspielte, in der Napoleons Macht gebrochen wurde, ist aus diesem Grunde nach Ansicht unserer „Nationalen“ verpflichtet, etwas ganz Besonderes zu tun. Und die bürgerlichen Stadtverordneten haben denn auch tief in den Beutel — das heißt in den städtischen Beutel — gegriffen, den auch die Arbeiter mit füllen müssen. Einige zehntausend Mark sind für die Ausschmückung der Straßen beim Feste der deutschen, das heißt hurrapatriotischen Turner drausgegangen. Und rund 160 000 Mk. sollen aufgebracht werden zur Einweihungsfeier des Völkerschlachtdenkmals, die am Jahrestag der Schlacht, am 18. Oktober, vor sich gehen wird. So wird das Geld der Steuerzahler verschwendet. Wenn es dann Hilfe für die unverschuldet der Arbeitslosigkeit Verfallenen, für die Opfer der kapitalistischen Wirtschaft zu leisten gilt, dann wird man wieder vom Ratstisch und aus den Reihen der fatten bürgerlichen Stadtväter schöne Reden hören über die Pflicht der Sparsamkeit und über die Notwendigkeit, eine Förderung der Arbeitsscheu zu vermeiden. Um so mehr müssen die Organisationen der Arbeiter und ihre Vertreter in den Parlamenten der Gemeinden, der Staaten und des Reiches das Ihrige tun, um die zögernden bürgerlichen Elemente durch die Geißel der Kritik vorwärts zu treiben. Und die Arbeiter werden ihre Wortführer unterstützen müssen, indem sie sich selber rühren, indem sie durch starke Beteiligung an Versammlungen und Demonstrationen den Argumenten der Rede das gewichtige Argument der Zahl hinzufügen und den Ruf nach der Reichsarbeitslosenversicherung durch ganz Deutschland mächtig ertönen lassen.

Der Katholikentag in Regensburg ist, wie alle seine Vorgänger, programmäßig, das heißt harmonisch verlaufen. Wie das bei der geschickten Mache, bei dem vorsichtigen Arrangement, das nur darauf berechnet ist, der Öffentlichkeit schöne Schauspiele zu bieten, ja auch gar nicht anders sein kann. Die Einigkeit der Katholiken Deutschlands erstahlte in bengalischem Lichte; von dem Streite der Kölner und der Berliner Richtung, von dem Streite um die Gewerkschaften durfte nicht gesprochen werden. Indes, ganz ließ sich der Miß doch nicht verbergen; schon das Wort des Präsidenten, des Fürsten zu Löwenstein, vom „Reber Gottesfrieden“ und seine Hoffnung, daß er ein ewiger Friede sein werde, verriet den mühsam verdeckten Zwiespalt. Die Hoffnung des Fürsten ist inzwischen schon gründlich zu Wasser geworden, die feindlichen

Brüder von Berlin und Köln sind gleich nach Schluß der Tagung in ihren Blättern wieder giftig übereinander hergefallen. Das Zentrum wird den Feind im eigenen Lager nicht mehr los, und verschiedene Anzeichen verraten, daß die Berliner Richtung im Lager der Bischöfe immer stärkeren Rückhalt gewinnt — der neue Kölner Erzbischof ist der Kölner Richtung offenbar gar nicht zugehen. Die Versekung des von seinem Vorgänger in einer schlechten Pfarrei kaltgestellten Kaplans Schöpen — eines der ersten Krüfer im Streite wider die „Kölner“ — in eine angenehmere Stelle spricht dafür.

Was aus der Affäre Krupp noch werden wird, wann und wie der gerichtliche Austrag vor den Berliner Richtern vor sich gehen wird, das ist noch ein großes Geheimnis. Die Öffentlichkeit wird vorläufig durch den Wechsel der Nachrichten unterhalten — einmal heißt es, daß alle Direktoren der Krupp'schen Werke auf die Anklagebank gesetzt werden sollen, dann wird wieder versichert, die Unschuld der Herren sei so eklatant bewiesen, daß kein Staatsanwalt es übers Herz bringen könnte, sie noch weiter zu belästigen. Und das Neueste ist die Nachricht, die Nerven des Herrn Brandt seien so angegriffen, daß er — nach Eulenburg'schem Muster — für längere Zeit handlungsunfähig sein werde und ein Sanatorium aufsuchen müsse, so daß die Gerichtsverhandlung auf unbestimmte Zeit zu verschieben wäre.

Wenn indes die Justiz hier feiern muß, so hat sie immerhin noch genügend Gelegenheit, das Recht zu wahren und den Staat zu schützen. So hat das preussische Obergericht den Arbeiterturnerbund für einen politischen Verein erklärt und damit der Polizei neue Handhaben zur Drangsalierung der Arbeiterturner geliefert. Namentlich wird dieses ungeheuerliche Urteil — denn auf Grund solcher Merkmale, wie sie die Begründung des Gerichtes anführt, dürfte kein bürgerlicher Sport- und Geselligkeitsverein, dürfte vor allen Dingen kein Kriegerverein der Politischerklärung entgegen —, dazu benutzt werden, dem Arbeiterturnerbund den Nachwuchs, die proletarische Jugend abzunehmen. Die Arbeiterschaft wird durch eifrige Förderung der freien Jugendbewegung dafür zu sorgen haben, daß die Spekulation mißlingt, die Kinder des Proletariats durch die Sperrung der Arbeiterturnvereine in hurrapatriotische Organisationen zu treiben.

In Raguit-Pillkallen, wo für den verstorbenen konservativen Führer Graf Kanitz eine Reichstagsnachwahl stattfinden mußte, haben Konservative sowohl wie Nationalliberale, die den Wahlkreis zu erobern hofften, böse Erfahrungen gemacht. Beide Parteien haben trotz gewaltigster Anstrengungen Stimmenverluste zu verzeichnen. Die einzige Partei, die gewann, ist die Sozialdemokratie, die in diesem ländlichen Kreise, wo ihr kaum Säle zur Verfügung standen, um rund 300 Stimmen zunahm. Die Konservativen haben das Mandat übrigens nur behauptet, wie die enttäuschten Nationalliberalen erklären, durch unerschämteste Vergewaltigung der abhängigen Wähler. Was wohl stimmen wird.

Auf der Balkanhalbinsel stehen die Dinge zwischen Bulgarien und der Türkei noch auf dem alten Fleck. Keiner der beiden Staaten will auf Adrianopel verzichten, im Besitz aber haben es die Türken. Bulgarien hat bislang umsonst auf die Hilfe der Großmächte gewartet — selbst die Türken noch einmal aus der Fassung zu werfen, ist es nicht mehr stark genug. Die angeblich einigen Großmächte aber beargwöhnen einander wie Spitzbuben, und der Friede ist daher immer noch nur provisorisch. H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Das Gespenst der Arbeitslosigkeit geht in der deutschen Arbeiterschaft um. Bereits seit Anfang dieses Jahres warf die herausziehende Wirtschaftskrise ihren Schatten voraus. Sie hat schon jetzt, zu einer Jahreszeit, in der vor allem im Baugewerbe noch regste Tätigkeit herrschen sollte, einen Grad erreicht, der für den Winter das Schlimmste befürchten läßt. Tausende von Arbeiterfamilien, die in dieser Zeit der Teuerung schon jetzt von ihrem Lohnneinommen sich nur dürftig ernähren können, sehen Tagen noch bitterer Not entgegen. In der Großstadt macht sich die Arbeitslosigkeit am stärksten bemerkbar. In Berlin wurden allein gegen 25 000 organisierte Arbeitslose ermittelt, die Zahl der Arbeitslosen überhaupt wird mit rund 50 000 angegeben. In München stellte das Gewerkschaftskartell rund 6000 Arbeitslose in den ihm angeschlossenen Verbänden fest; 3000 davon sind Bauarbeiter. In vielen Städten wurden Arbeitslosenversammlungen veranstaltet. Sie erhoben an Staat und Gemeinde die Forderung auf Einführung einer Arbeitslosenversicherung. Allenfalls wurde betont, daß die Gewerkschaften unmöglich allein für die Arbeitslosen, diese Opfer der

kapitalistischen Gesellschaftsordnung, aufkommen könnten. Auch in Anträgen an den sozialdemokratischen Parteitag kommt wiederholt der Wunsch zum Ausdruck, er solle sich mit der Frage befassen und die Reichstagsfraktion verpflichten, für eine staatliche Arbeitslosenversicherung einzutreten.

Die Werftarbeiterbewegung ebbt nur allmählich ab. Wohl haben sich in demokratischer Disziplin die Streikenden den Beschlüssen der außerordentlichen Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes gefügt, sie wollten jedoch die Arbeit so geschlossen wieder aufnehmen, wie sie sie niedergelegt hatten. Die Werkbesitzer erkennen aber nur den Unternehmerarbeitsnachweis als Arbeitsvermittlungsstelle an. Sie wollten auch jetzt die Ausständigen nur durch ihren Arbeitsnachweis einstellen. Dagegen wehrten sich die Arbeiter mit guten Gründen. Sie mußten mit Recht befürchten, daß andernfalls eine Auslese unter ihnen gehalten würde. In der Tat vermittelten denn auch die Arbeitsnachweise in den befreiten Werktorten nicht ohne Ansehen der Person die Arbeit. Sie hielten Musterung. Und was an Arbeitern den Nachweis noch unbeansprucht passierte, wurde auf den Werften von den Unternehmern noch einmal gesiebt. So war es verständlich, wenn die Arbeiter beschlossen, die Arbeitsnachweise, diese Maßregelungsbureaus, nicht zu benutzen. Die Werkbesitzer erklärten daraufhin, sie würden ihre Arbeitsnachweise schließen, wenn nicht bis zu einem bestimmten Tage durch diese sich alle Arbeiter bedingungslos vermitteln ließen. Sie taten das dann auch. In der völlig verfahrenen Situation entschlossen sich nach und nach die Arbeiter, auch noch unter dieses laudinische Joch zu kriechen. So nähert sich denn, durch mancherlei Komplikationen erschwert, diese große Bewegung ihrem Abschluß. Sie hatte stark eingeseht, nun aber wird wahrscheinlich von ihr überhaupt nichts mehr zu retten sein, sie nimmt einen unrühmlichen Ausgang, der sicherlich noch lange nachwirkt.

Eine für die Arbeiterinnen bedeutsame Lohnbewegung wurde in dem kleinen Erzgebirgsstädtchen Johannegeorgenstadt siegreich durchgeführt. Dasselbst sind etwa 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen in der Lederhandschuhfabrikation beschäftigt, und zwar 1500 der Frauen als Heimarbeiterinnen. Während die Männer schon seit vielen Jahren fast alle organisiert sind, wollte es der rührigsten Agitation nicht gelingen, die große Masse der Heimarbeiterinnen ihrer gewerkschaftlichen Organisation zuzuführen; nur etwa 25 Prozent der Heimarbeiterinnen waren organisiert. Die Löhne dieser Frauen sind im Laufe der Zeit nicht erhöht worden, ja schlimmer noch, sie wurden bei jeder Verschlechterung der Geschäftslage sogar herabgesetzt. Unter Leitung des Lederarbeiterverbandes wurde nun die eingetretene bessere Konjunktur von der Arbeiterschaft ausgenutzt und den Fabrikanten ein Lohnantrag unterbreitet, der Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse vorsah. Die Unternehmer lehnten jedoch jedes Zugeständnis ab. Die erste Frucht der Bewegung war, daß die Heimarbeiterinnen sich in größerer Zahl der Organisation anschlossen; etwa 60 Prozent waren in kurzer Zeit Verbandsmitglieder. Infolgedessen gelang es, einen vierwöchigen Streik durchzuführen. Die Unternehmer versuchten durch Drohungen, Demunziationen bei der Ortspolizeibehörde und durch Zwangsmittel aller Art die kämpfenden Arbeiterinnen einzuschüchtern. Doch vergebens. Durch die Organisation gestützt, hielten die Arbeiterinnen im Ausstand aus. Schließlich mußten die Unternehmer nachgeben, sie erklärten sich zum Abschluß eines Tarifs bereit. Die Lohnhöfungen, die für die nächsten zwei Jahre festgesetzt sind, bewegen sich zwischen 6 und 18 Prozent für Näherinnen und 8 und 22 Prozent für Hilfsarbeiten. Außerdem wurden Entschädigungen von 2 bis 3 Prozent des Stüchlohns für diejenigen Näherinnen zugestanden, die Eigentümerinnen von Nähmaschinen sind. Ferner wurde bestimmt, daß ungerechtfertigter Preisausschlag auf Nähmaterialien nicht stattfinden darf, für die die Näherinnen aufkommen müssen und die sie meist von den Unternehmern beziehen. Für vorkommende Streitigkeiten ist eine Schlichtungskommission vorgesehen. Dieser Tarif regelt die Lohn- und Arbeitsbedingungen von etwa 1500 Heimarbeiterinnen. Von besonderer Bedeutung dabei ist, daß dies wohl der erste Tarif für Heimarbeiterinnen ist, der dieser Proletariatschicht ein Mitspracherecht bei der Regelung der Arbeitsverhältnisse einräumt. Hoffentlich ziehen nicht nur die Handschuhnäherinnen in Johannegeorgenstadt die richtige Lehre aus diesem Lohnkampf: daß nur gewerkschaftlicher Zusammenschluß zum Erfolg führt.

Im Karlsruher Fleischergerwerbe droht eine Aussperrung. Sämtliche Arbeiter der zwei größten Wurstfabriken stehen in einer Tariffbewegung. Ohne sich überhaupt in eine Verhandlung über den Tarif einzulassen, stellte der Unternehmerver-

band den Fleischergefelln das Ultimatum: bis zum 15. August sich zu erklären, ob sie auf Grund eines Arbeitsvertrags der Unternehmer weiterarbeiten wollten, andernfalls sei ihnen zum 1. September gekündigt. Sämtliche Arbeiter wiesen den von den Unternehmern vorgelegten Arbeitsvertrag zurück, der bedeutende Verschlechterungen enthält. Die Unternehmer rüsten sich zu einem größeren Kampfe. Sie werden ihn kaum zu einem glücklichen Ende führen, wenn die Arbeiterfrauen beim Eintauf die um ihr gutes Recht kämpfenden Fleischer unterstützen.

Die neueste Blüte deutscher „Rechtspflege“ ist die gerichtliche Anerkennung eines von Arbeitswilligen erhobenen Schadenersatzanspruchs. In einer Erfurter Malzfabrik war es im Jahre 1911 über Lohnunterschieden zum Streit gekommen. Der Kampf war durch das aufreizende Verhalten der Arbeitswilligen wesentlich verschärft worden. Nach Wiederaufnahme der Arbeit erging sich einer der Arbeitswilligen, ein Brauer, in rüden Beschimpfungen der organisierten Arbeiter, die diese damit beantworteten, daß sie von der Direktion die Entlassung des Schmähers verlangten. Der entlassene Brauer klagte auf Schadenersatz, indem er angab, keine Beschäftigung erhalten zu können. Das Erfurter Landgericht erkannte im Januar dieses Jahres seinen Schadenersatzanspruch im Prinzip als gerechtfertigt an. Das Oberlandesgericht zu Naumburg — es ist durch seine Urteile gegen organisierte Arbeiter berüchtigt — verwarf die Verurteilung der drei beklagten Mitglieder des Brauereiarbeiterverbandes. Nunmehr hat das Erfurter Landgericht den Schadenersatz auf 1100 Mk. festgesetzt, vorbehaltlich weiteren Schadenersatzes, für den der klagende Arbeitswillige den Anspruch nachzuweisen habe. Seine Klage auf Gewährung einer Jahresrente wurde vom Gericht abgelehnt. Schade, das hätte dem Urteil die Krone aufgesetzt. Für das arbeitscheue Gesindel der Hinkebrüderschaft eröffnen sich durch den Richterspruch ungeahnte Perspektiven. Es macht erst den Verräter und Streifbrecher, bedroht mit allerhand Mordwortzeugen Streikende und friedliche Passanten, und wenn Arbeiter sich später weigern, mit solchen sie beschimpfenden Gefellen zusammen zu schaffen, müssen sie diesen noch Schadenersatz zahlen.

Gegen die Klassenjustiz protestierte in diesen Tagen die Arbeiterschaft durch eine Ehrung, die sie einem Opfer des Klassenkampfes zuteil werden ließ. Vor drei Jahren kam es während eines Bauarbeiterstreiks in Deusch bei Köln zu einem Zusammenstoß von Ausständigen mit den Arbeitswilligen, wobei ein Polizist lebensgefährlich verletzt wurde. Auf Grund von Aussagen eines übelbeseuerten Zeugen — er war 15mal wegen Betrügereien, Urkundenfälschungen usw. verurteilt! — wurden eine Anzahl organisierte Bauarbeiter zu ungeheurer hohen Freiheitsstrafen verurteilt, obgleich sie entschieden bestritten, bei dem Zusammenstoß irgendwie beteiligt gewesen zu sein. Unter den Verurteilten befand sich auch ein Angestellter des Bauarbeiterverbandes, Genosse Frölich, der für 2 Jahre 7 Monate ins Gefängnis wandern mußte. Ein anderes Opfer dieser Klassenjustiz, das 5 Jahre zu verbüßen hat, schmachtet noch hinter Kerkermauern. Frölich sah jetzt nach 31monatiger Gefangenschaft die Freiheit wieder. Gewerkschafts- und Parteimitglieder bereiteten ihm einen ehrenvollen Empfang. In kurzen schlichten Worten dankte Frölich. Er versicherte, alles nachzuholen, was er für die Arbeiterschaft in den langen Monaten versäumen mußte, die er unschuldig im Gefängnis gefessen. Auf ihn habe die Strafe nicht abschreckend gewirkt. Er wolle nicht gefeiert und gelobt werden, er habe nur auf vorgehobenem Posten seinen Mann gestanden. Unter fröhmischen Kundgebungen für Frölich und mit dem Gesang der Marseillaise fand die schlichte Begrüßungsfeier einen würdigen Abschluß. Die Klassenjustiz des Kapitalistenstaats zieht sich ihre Totengräber heran. #

Notizenteil.

Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen.

Wie schonungslos die Ausbeutung der Textilarbeiterinnen von Stuttgart und Umgebung ist, das wurde ins Licht der Öffentlichkeit gerückt auf der Konferenz, von der wir bereits berichtet haben. Es ist eine unbestrittene Tatsache, daß die Proletarier allgemein in Gestalt des Lohnes nur einen sehr bescheidenen Teil der Frucht ihrer Arbeit erhalten. Es sieht ebenso fest, daß die Arbeiterinnen und namentlich die Arbeiterinnen in der Textilindustrie meist mit besonders kläglicher Bezahlung abgespeist werden. Aber wie verstehen es die Stuttgarter Unternehmer der Trikotbranche, den ohnehin bescheidenen Verdienst ihrer Lohnsklavinnen noch unter das übliche Maß herabzudrücken! Sie könnten eine Prämie für die Rücksichtslosigkeit und Fingig-

keit beanspruchen, mit der sie das tun. Die Abzüge sind ein beliebtes Mittel, um von den Löhnen der Arbeiterinnen abzuknapsen und den Profit der Unternehmer zu erhöhen. Sie erfolgen in der verschiedensten Gestalt. Vor allem dadurch, daß die Näherinnen fast durchweg Nadeln und Fäden aus der eigenen Tasche bezahlen müssen. Es kommt vor, daß sie dafür in zwei Wochen bis zu 15 Mk. zu verausgaben haben. Das ist meist mehr, als eine Arbeiterin in einer Woche für ihren gesamten Lebensunterhalt aufwenden darf. Damit nicht genug. Wird von den Vorgesetzten eine Arbeit beanstandet, so muß die Arbeiterin das betreffende Stück Ware behalten, und der Preis dafür wird vom Lohne abgezogen. Es kommt nicht selten vor, daß der berechnete Lohn zu niedrig ist, um den geforderten Betrag zu decken. Dann veranstalten die Arbeiterinnen unter sich eine Art Lotterie, der beanstandete Gegenstand wird verlost. Die Strafen sind hoch und werden mit Strenge eingetrieben. Lachen wird mit 50 Pf. geahndet, „Unart“ mit 20 Pf., auf Nachrepassieren steht gar 2,50 Mark Strafe. Es sind Zehntausende und Zehntausende von Mark, die das beutegierige Unternehmertum im Laufe eines einzigen Jahres vom sauer verdienten Lohne abbricht. Die Geschichte des Mittelalters erzählt uns von Leuten, die, von Gewinnsucht gestachelt, von den Goldmünzen soviel wie nur möglich abschneiden und abtrahten. Sie wurden Kipper und Wipper genannt, weil sie bei ihrem räuberischen Tun die Münzen wägen mußten. Was aber besagen die Praktiken der betrügerischen Gefellen, von totem Metall abzubrechen, gegen die Kniffe und Pfiffe der kapitalistischen Ausbeuter, den Verdienst von lebendigen Menschen zu schmälern! Der kapitalistische Profit der Unternehmer in der Stuttgarter Trikotindustrie wird des weiteren durch die übliche Lohnzahlung gesteigert. Natürlich auch das auf Kosten der ausgebeuteten Arbeiterinnen. Von 17 Firmen hat nur eine einzige die wöchentliche Lohnzahlung, bei allen übrigen erfolgt diese vierzehntäglich. Und die Herren sind nicht damit zufrieden, die Lohnsumme ihrer Arbeiterinnen vierzehn Tage zinslos verwenden zu können. In vier Betrieben erfolgt die Auszahlung des Lohnes erst sechs Tage nach der Abrechnung, bei den übrigen zwei bis drei Tage danach. Außerdem wird in sieben von sechzehn Betrieben eine Kaution erhoben, die bei den Arbeiterinnen zwischen 3 bis 11 Mk. schwankt und für die Arbeiter bis auf 15 Mk. steigt. Den Rekord schlägt die Firma Mayer & Sohn in Stuttgart-Wangen. Bei ihr besteht vierzehntägliche Lohnzahlung, Einbehaltung eines Wochenlohnes und eine Kaution von 11 Mk. Die Firma Müller & Schweizer fordert von den Arbeiterinnen eine Buße von 10 Mk., wenn sie innerhalb eines Jahres den Betrieb verlassen, ihr jedoch steht es frei, die Arbeiterinnen jederzeit mit vierzehntägiger Kündigung zu entlassen. Im Betrieb Schmidt & Co. finden wir vierzehntägliche Lohnzahlung und sechs Tage Lohninbehaltung; Neueintretende müssen außerdem 5 Mk. Kaution hinterlegen, die verfallen, wenn die Betreffenden vor Ablauf eines halben Jahres den Platz verlassen. Im vorstehenden nur eine kleine Lese vom Ader der kapitalistischen Ausbeutung, der für die Unternehmer reiche goldene Frucht trägt und für die Arbeiterinnen spärliche Ähren, Disteln und Dornen. Es drängt sich die Frage auf: soll dem immer so bleiben und können sich die Arbeiterinnen der Stuttgarter Trikotindustrie nicht heute schon gegen das Übermaß der Auswucherung ihrer Arbeitskraft schützen? Gewiß, das können sie nicht bloß tun, das müssen sie tun, dafern es kein leeres Wort bleiben soll, daß auch sie menschenwürdig zu leben wünschen und ihren Anteil vom Reichtum der Gesellschaft begehren. Das Mittel dazu ist die gewerkschaftliche Organisation, ist der Anschluß an den Deutschen Textilarbeiterverband. Kein Seufzen und Klagen in der ärmlichen Wohnung, kein polterndes Schimpfen im Betrieb vermag die Arbeitsbedingungen der Stuttgarter Trikotarbeiterinnen zu verbessern. Notwendig ist die Tat, die aus der Erkenntnis geboren wird, daß die Vereinigung die Schwachen stark macht. h. r.

Fürsorge für Mutter und Kind.

Ueber die Wöchnerinnenspflege durch katholische Ordensschwestern ist auf dem vierten Diözesan-Caritasstag in Mannheim im verhandelt worden. Früher war die Wöchnerinnenspflege den Ordensschwestern nicht allgemein gestattet. Sie muß jedoch in steigendem Umfang geübt werden. Dazu zwingt die große Not, die in den ärmeren Familien mit der Niederkunft der Mutter einzuziehen pflegt. Auf dem Caritasstag (das lateinische Wort caritas heißt Wohlthätigkeit, die katholischen Caritasvereine sind Wohlthätigkeitsorganisationen) sprach der Karlsruher Stadtpfarrer Stumpf über die caritative Familienpflege durch den Hausbesuch von Mitgliedern der Elisabeth- und Vinzenz-

vereine. Im Anschluß an seine Ausführungen empfahl Frau Geheimrat Loffen von Heidelberg dringend die Mitarbeit der katholischen Ordensschwestern bei der Hauspflege von Wöchnerinnen. In Bruchsal läßt der Vinzenzverein eigene Kräfte in der Wochenpflege ausbilden, die auch anderen Städten zur Verfügung gestellt werden. Der Superior des Mutterhauses der Franziskanerinnen in Gengenbach beklagte es, daß den katholischen Schwestern, die doch alles Verständnis für die neuzeitlichen Aufgaben der christlichen Caritas hätten, viel zu viel Aufopferung zugemutet werde. Ihre Zahl sei zu klein, weil nicht genügend geeignete Kräfte eingetreten wären. Die meisten Pflegerinnen des Franziskanerordens seien nun so überlastet, daß es endlich auch eine Pflicht der Caritas sei, die Frauen der Caritashilfe zu schützen. Das ist richtig. Der Gengenbacher Friedhof bringt den besten Beweis dafür. Die Zahl der frühzeitig aus dem Leben geschiedenen Ordensschwestern der Krankenpflege ist außerordentlich groß. Gerade wenn die Ordensschwestern zur Wöchnerinnenhauspflege herangezogen werden sollen, ist Rücksicht auf Gesundheit und Leistungsfrische der Pflegerinnen geboten. Denn eine vernünftige Hauspflege in armen Familien stellt hohe Anforderungen an Umsicht, Kraft und Freudigkeit der Pflegerinnen. Diese dürfen nicht abgehört und überangestrengt an die verantwortungsvolle Aufgabe herantreten. Was Herr Pfarrer Wedekker beklagte — die Überbürdung der Ordensschwestern —, darauf ist übrigens oft schon in der sozialdemokratischen Presse hingewiesen worden. Dort wurde wieder und wieder der bedenklich hohe Prozentsatz des Siechtums bei den Krankenpflegerinnen im Ordenskleid hervorgehoben. Es ist dabei von unserer Seite besonders auf die ungenügende Nachtruhe, auf den Mangel einer wöchentlichen Erholungszeit und eines jährlichen Urlaubs hingewiesen worden. Die täglichen religiösen Übungen in und außerhalb der Kirche, zu denen die Ordensfrauen verpflichtet sind, können nicht als Ruhepausen gelten. Den Pflegerinnen mühten auch stets genügend Kleider zum Wechseln zur Verfügung stehen, da sie doch oft Leute mit übertragbaren Krankheiten warten. Ob die hermetisch abschließende Kopfbedeckung hygienisch und praktisch ist, möchten wir bezweifeln. Wöchnerinnen sprechen — wie Kranke — oft recht leise, und es können Mißverständnisse entstehen, die Folgen haben. Wenn die Ordensschwestern mehr zur Wöchnerinnenhauspflege verwendet werden sollen, so hört wohl auch der Ubelstand auf, daß in städtischen Krankenhäusern Pflegerinnen aus katholischen Orden untersagt ist, bei einer Geburt oder an einem Wochenbett Hilfe zu leisten. Das Verbot hat schon zu bedenklichen Situationen geführt, wenn eine von der Niederkunft überraschte Frau von der Straße weg in das Krankenhaus gebracht werden mußte, ohne daß sofort ein Arzt zur Stelle war. So oft von sozialdemokratischer Seite Anregungen für die Vervollkommnung der Krankenpflege und für den Schutz der Pflegerinnen im Ordenskleid geäußert worden sind, wie sie sich jetzt auf dem Caritasstag hervorgewagt haben, war die Zentrumspresse bei der Hand, dies als Heße gegen die Religion und gegen die katholischen Orden zu verleumden. Aber den Wert der Pflege der katholischen Krankenschwestern, über die Aufopferung bei der Pflege herrscht bei Ärzten und Krankenkassen nur die beste Meinung. Solange die bürgerliche Gesellschaft nicht planmäßig für Einrichtungen zur Pflege und Fürsorge für die Wöchnerinnen im arbeitenden Volk sorgt, werden es gewiß viele arme Mütter als begrüßenswerte Hilfe empfinden, wenn während des Wochenbetts Ordensschwestern als Pflegerinnen ins Heim kommen. Allein es mühte dabei auch zweierlei vermieden werden, was geeignet ist, die wertvolle Pflege in sozialer Hinsicht mit sehr bedenklichen Umständen zu verknüpfen. Der gewährten Pflege mühte der bittere Beigeschmack der Wohlthat, des Almosens genommen werden. Das könnte durch Vereinbarungen zwischen den Gemeinden und den Vinzenzvereinen usw. geschehen. Zweitens mühten sich die Ordensschwestern gewissenhaft jeder „Bekehrungsversuche“ enthalten und das Maß von Toleranz gegen Andersdenkende üben, das wir ihnen und ihrem religiösen Bekenntnis entgegenbringen.

Frauenbewegung.

Sie rühren sich. Der „Vereinigung konservativer Frauen“ werden die offenen und versteckten Angriffe des „Bundes zur Bekämpfung der Frauenemancipation“ allmählich lästig. In der ersten Zeit ließ sie den „Antibund“ ruhig schimpfen und klagen, denn sie hatte ein gewisses Verständnis für seine Bedrängnis. Die Gründung einer politischen Organisation konservativer Frauen mußte von den Gegnern der Frauenbewegung wie ein Keulenschlag empfunden werden, und mitleidigen Ger-

zens ließen die konservativen Frauen ihren Gefinnungsbrüdern Zeit, sich auszutoben und dann eine möglichst günstige Rückzugslinie zu gewinnen. Auf die Dauer ist ihnen aber die Gegnerschaft der „Antis“ wohl doch zu arg geworden, denn die „Vereinigung“ sieht sich genötigt, in der „Kreuzzeitung“ eine Erläuterung der Aufgaben zu veröffentlichen, die sie sich gestellt hat. Bei dieser Gelegenheit sagt sie dem „Antifrauenrechtsbund“ in aller Freundschaft die Meinung.

Der „Bund zur Bekämpfung der Frauenemancipation“ — oder wie er oft treffend genannt wird: der „Oberlehrerbund gegen die Frauen“ — regt sich bekanntlich ganz schrecklich über die zunehmende Berufstätigkeit des weiblichen Geschlechts auf. Er jammert über die Verdrängung der Männerarbeit, über die Herabwürdigung des deutschen Mannes, der es als Schmach empfinden müsse, als Lehrer usw. unter der Leitung von Frauen zu wirken. Nach ihm darf die Frau nur einen Beruf kennen: Mutter zu sein. Man kennt die Weise, man kennt den Text! Mit seiner Auffassung steht der Bund im Lager der Konservativen nicht allein; ähnliche Ansichten werden bei jeder sich bietenden Gelegenheit von konservativen Politikern vorgetragen. Im Reichstag haben sich oft genug die Abgeordneten der Rechten — übrigens auch solche der bürgerlichen Linken — zu dieser Oberlehreranschauung bekannt. Die konservativen Herren erwarteten deshalb wohl von vornherein, daß auch die konservativen Frauen wenigstens in dieser Frage an einem Strang mit dem „Antibund“ ziehen würden. Hatten es diese Damen doch nach ihren eigenen Worten als ihre Aufgabe bezeichnet, „konservative Gedanken verbreiten zu wollen“. Allein trotz allem hat in dieser einen Beziehung die Hoffnung getäuscht. In dem erwähnten Artikel der „Kreuzzeitung“ heißt es klipp und klar: „So lebhaft auch der Wunsch bei allen konservativ denkenden Frauen ist, die ganze Erziehung aller Mädchen auf den Beruf der Frau und Mutter vorzubereiten, so wenig ist das möglich bei der großen Zahl von jungen Mädchen, die nicht heiraten und doch ihre Stellung und Unterhalt im Leben suchen müssen. . . . Und wenn man nun bedenkt, daß in allen Schichten Millionen von Frauen gezwungen sind, um ihre Lebenserzitzung zu kämpfen, ist es dann nicht Pflicht der in besserer Lage sich befindenden Frauen, nach Möglichkeit die Verhältnisse, in denen jene arbeiten müssen, zu verbessern und ihre berechtigten Wünsche zu vertreten? Es ist doch nicht zu leugnen, daß die Gegner der Frauenbewegung bisher keine wirksamen Mittel angegeben haben, um die bestehenden Notstände aus der Welt zu schaffen.“

Das ist deutlich, und die Oberlehrer Langemann und Siegmund nebst ihren Freunden werden von dieser Antwort auf ihre Anpassungen nicht gerade entzückt sein. Noch weniger wird es ihnen aber gefallen, wie sich die konservativen Frauen zum kirchlichen und kommunalen Wahlrecht stellen. Nicht etwa, als ob sie einfach forderten: wir müssen unsere Gleichberechtigung in Kommune und Kirche erhalten. So weit sind die Herren Konservativen heute noch nicht, daß sie eine solche Forderung ruhig hinnehmen würden. Sie müssen erst langsam an den Gedanken gewöhnt werden, daß selbst die Frauen ihrer Kreise zu der Überzeugung gelangt sind, sie dürften sich nicht ganz vom öffentlichen Leben ausschließen lassen. Deshalb treten auch die konservativen Damen als die bescheidensten unter den bescheidenen bürgerlichen Frauen auf. Sie verwerfen unbedingt, wozu sie sich stolz bekennen mühten: die Forderung des politischen Wahlrechts für die Frauen. „Gerade in ihrer Bekämpfung sehen wir eine unserer wichtigsten Aufgaben“, heißt es in dem Artikel. Es gebe andere Dinge, deren Vertretung für viele Konservative von größerer Wichtigkeit seien als die Wahlrechtsfragen. Das glauben wir gern: Wucherzölle auf Getreide, Vieh, Fleisch usw., mehr Offizierstellen und Lieferungen für Kasernen. Immerhin erklärt jedoch der Artikel: „Es wird aber nicht zu vermeiden sein, um dem dringenden Wunsche vieler konservativer Frauen gerecht zu werden, daß auch das kirchliche und kommunale Wahlrecht mit konservativen Politikern gründlich besprochen wird, um Klarheit darüber zu gewinnen, ob solche Forderung der Frauenbewegung mit konservativen Grundsätzen und konservativer Weltanschauung vereinbar sei oder aus welchen Gründen nicht. Nur einer durch solche Aussprache erlangten klaren Überzeugung ist es dann möglich, auch hierüber konservativen Grundsätzen innerhalb der Frauenwelt Geltung zu verschaffen.“ Es wird angeregt, ob man nicht vielleicht zunächst die Arbeitskommissionen der kirchlichen und städtischen Verwaltungen „verpflichten“ könne, Frauen als Sachverständige hinzuzuziehen. Heute könnten sie ihre Wünsche nicht an den Stellen anbringen, bei denen die Entscheidungen liegen, und das müsse anders werden.

Das ist natürlich nicht mehr als ein Anfang, und dazu ein schwächlicher, aber doch ein Anfang. Leise werden die konservativen Parteien dahin geschoben, wohin die Frauen der betreffenden Kreise sie haben wollen. Diese Frauen wollen mit den konservativen Männern zusammenarbeiten; bewußt wollen sie eintreten für „Christentum, Monarchie und Autorität und diese gegen alle radikalen Ansichten mit Treue verteidigen“. Aber das alles hindert sie nicht, dabei außerdem auch Vorteile für die Frauen ertingen zu wollen. Zu den Pflichten, die sie übernehmen, soll ihnen die Partei Rechte zuerkennen. Zunächst verlangen die Damen nur kleine unbedeutende Zugeständnisse. Sie wollen nur mitberaten. Jedoch allmählich werden ihre Ansprüche größer werden, und wer zwischen den Zeilen zu lesen versteht, sieht deutlich die Entwicklung, die die konservative Partei zur Förderung des kommunalen und selbst des politischen Frauenwahlrechts führen muß. Übrigens hat bereits vor langen Jahren Herr v. Kardorff im Reichstag erklärt, daß er für das Frauenwahlrecht zu haben sei. Es will recht wenig besagen, wenn die konservativen Frauen versichern, daß sie nichts ohne die Einwilligung der Partei unternehmen würden. Die Entwicklung der gesellschaftlichen Dinge wird mit unwiderstehlicher Gewalt sie wie auch die konservative Partei Schritt für Schritt vorwärtsdrängen, bis die letztere selbst die Förderung des Frauenwahlrechts aufstellt. Das ist für die Sache des Frauenwahlrechts ein Fortschritt und eine Gefahr zugleich, denn den Konservativen — ohne Unterschied des Geschlechts — geht es selbstverständlich nicht um eine Erweiterung des Wahlrechts, sondern nur um eine Stärkung der eigenen Macht. Nimmt die konservative Partei die Frauenwahlrechtsforderung auf, so bedeutet das die Vermehrung der Truppen, die gegen eine Reform des Dreiklassenwahlrechts in Preußen, die gegen jede Demokratisierung des Wahlrechts und des politischen Lebens überhaupt kämpfen. Das von ihnen geforderte und verteidigte Frauenwahlrecht wird nicht das Recht aller großjährigen Frauen sein. Es ist Aufgabe der Genossinnen, dafür zu sorgen, daß die konservativen Damen in der proletarischen Frauenbewegung einen Gegner finden, der ihnen an ziffermäßiger Stärke, an Schulung und Idealismus weit überlegen ist. Je besser diese Aufgabe gelöst wird, um so ruhiger kann es die gesamte kämpfende Arbeiterklasse mitansehen, daß die Konservativen ihre Damen zum Kampfe gegen das volle politische Recht der ausgebeuteten Massen heranziehen.

Tony Breitscheid.

Frauenstimmrecht.

Ein Vorschlag zum Gemeindevahlrecht der Fran. In der „Kommunalen Praxis“ regt Genossin Breitscheid den Versuch an, in den Städten Rhehd und Essen die Eintragung von Frauen in die kommunalen Wählerlisten durchzuführen. In beiden Gemeinden sind Frauen zu Ehrenbürgerinnen ernannt worden. In Essen Frau Verta Krupp, deren „Verdienst“, große Wohlfahrtseinrichtungen gemacht zu haben, durch die enthielten Geschäftspraktiken der Firma eine eigentümliche Beleuchtung erfährt; in Rhehd Fräulein Marie Lenßen, die sich besonders die Fürsorge für die weibliche Jugend angelegen sein läßt. Nach § 5 der preussischen Städteordnung steht „jedem selbständigen Preußen“ das Wahlrecht zu, doch wurde dieser Text so ausgelegt, daß nur Männer wahlberechtigt seien. § 6 der Städteordnung, der von der Verleihung des Ehrenbürgerrechts handelt, spricht ausdrücklich nur von „Männern, die sich um die Stadt verdient gemacht haben“. Natürlich ist es unlogisch und ungerecht, Frauen von dem „gewöhnlichen“ Bürgerrecht auszuschließen, obgleich die gesetzlichen Vorschriften dies nicht klipp und klar besagen, andererseits aber Frauen zu Ehrenbürgerinnen zu ernennen, obgleich das unstreitig im Widerspruch zu dem Texte der Städteordnung steht. Allein trotz alledem ist zehn gegen eins zu wetten, daß der bündigte Nachweis dieser Unlogik und Ungerechtigkeit die vorhandenen Widerstände gegen das kommunale Wahlrecht der Frau in nichts schwächen wird. Die Forderung, die Frauen in die Gemeindevählerlisten einzutragen, bliebe eine Demonstration, bei der der Kraftaufwand nicht einmal im Verhältnis zu der agitatorischen Wirkung stehen würde. Das hat die Geschichte des Kampfes um das Frauenwahlrecht in England, den Vereinigten Staaten, in Frankreich und Italien nachgerade genugsam gelehrt. Denn in diesen Ländern hat es an ähnlichen Versuchen nicht gefehlt.

Das Wettrennen um die Stimmen der Proletarierinnen bei den nächsten Krankenkassenwahlen haben bürgerliche Organisationen zeitig begonnen. Selbstverständlich stehen unter

ihnen die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen nicht an letzter Stelle. Ein Beispiel für viele. Der Rheinisch-Westfälische Frauenverband hat einen besonderen Ausschuß für Krankenkassenwahlen, der sich in einem „Rundschreiben“ nicht bloß an die der genannten „Organisation“ angeschlossenen Gruppen gewendet hat, sondern auch an „andere interessierte Vereine“. Das Rundschreiben hebt hervor, daß die Einführung des Proporz die Aussichten der Frauen vergrößere, ihre Kandidatinnen durchzubringen. Es weist auf die Aufgaben hin, die gerade Frauen in den Kassenverwaltungen zu erfüllen haben. Es gibt Richtlinien für die zu leistende praktische Arbeit. Dem Rundschreiben ist eine kurze Einführung in das Krankenversicherungsgesetz beigegeben, die besonders für solche Frauenvereine bestimmt ist, die die Mitarbeit der Frauen in den Krankenkassenverwaltungen fördern wollen. Bekanntlich zeichnet sich der Rheinisch-Westfälische Frauenverband sogar innerhalb der bürgerlichen Frauenbewegung durch seinen besonders „maßvollen“ Charakter aus. Es ist der Geist der liberalen Großbourgeoisie von Rheinland-Westfalen, der in ihm lebt und weht. Das besagt für jeden halbwegs Kundigen, daß in dieser frauenrechtlerischen Organisation herzlich wenig Einsicht für die Bedürfnisse und Rechtsansprüche der Proletarierinnen anzutreffen ist, dafür aber um so mehr Verständnis für die Klagen der Herren Kapitalisten über die „Belastung durch die Sozialreform“. Wenn der Verband durch seinen Ausschuß dafür wirken läßt, daß die wahlberechtigten Frauen an die Urne gebracht und daß Kandidatinnen für die zu besetzenden Ämter aufgestellt werden, so ist eines sonnenklar: der Verband will damit den Kandidaten der Klassenbewußt kämpfenden organisierten Arbeiterschaft — Frauen wie Männern — Stimmen entziehen und den Vertretern bürgerlicher Anschauungen zum Siege verhelfen. In dem Rundschreiben heißt es bezeichnenderweise, daß gerade in den Reihen der nach dem neuen Gesetz Versicherungspflichtigen und ihrer Arbeitgeberinnen geeignete Kandidatinnen zu finden seien. Die Damen dürften bei den neu versicherungspflichtigen Arbeitnehmerinnen zwar nicht an die Dienstboten, Fuß- und Scheuerfrauen und Landarbeiterinnen gedacht haben, sondern eher an die weiblichen Betriebsbeamten, Handelsangestellten, Lehrerinnen, weltlichen Schwestern usw. Die Einführung der Verhältniswahl begünstigt das Streben, „geeignete Kandidatinnen“ gegen die Liste der organisierten Arbeiterschaft durchzusetzen. Andere bürgerliche Organisationen sind eifrig am Werke. Die Frauenstimmen können einen entscheidenden Einfluß auf den Ausfall der Wahlen zu den Versicherungsvertretungen ausüben. Ihr Kurswert steigt. Die politisch und gewerkschaftlich organisierten Genossinnen müssen durch ihre aufklärende Agitation dafür sorgen, daß bei den Wahlen die bürgerlichen Stimmenfängerinnen und Stimmenfänger betrübt davongeschwommenen Fellen nachblicken.

Die Frau in öffentlichen Ämtern.

Ein weiblicher Amtsvormund. Der Stadtrat von Zürich hat der städtischen Vormundschaftsbehörde einen vierten Amtsvormund beigegeben. Er wählte dazu eine Frau, unsere Genossin Dr. jur. Olga Lenz. Genossin Lenz, der auf dem Gebiet des Vormundschaftswesens großes Geschick nachgerühmt wird, war seither als Aushilfssekretärin der Züricher Vormundschaftsbehörde tätig gewesen. Sie ist zu den gleichen Bedingungen, die für ihre männlichen Kollegen gelten, angestellt worden und bezieht wie diese ein festes Jahresgehalt von 5000 Franken. In den schweizerischen und besonders zürcherischen Vormundschaftsbehörden sind bereits seit langem eine Reihe von Frauen als Sekretärinnen und Inspektorinnen tätig, aber es ist das erste Mal, daß eine Frau als Amtsvormund bestellt wird. Die Züricher Vormundschaftsbehörde, die in vielem für die ähnlichen Einrichtungen anderer Orte vorbildlich wirkt, ist dem Präsidium unseres Genossen Stadt- und Nationalrat Paul Pflüger unterstellt. H. W.

Zur Beachtung.

Um die durch unsere Sondernummer unterbrochene Reihenfolge im Erscheinen der „Gleichheit“ wieder herzustellen, wird Nr. 26 schon nächste Woche herausgegeben. Mit ihr schließt der Jahrgang ab.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Clara Zetkin (Zunel), Wilsbelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von J. G. W. Metz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.